

# Stenographischer Bericht

## 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 15. Dezember 1949.

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt sind Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier und die Abgeordneten Stockbauer und Wernhardt (17).

#### Anfragen:

Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Illig, Dr. Allitsch, Dr. Amschl und Parteiangehörigen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ausschreitungen in Graz und Voitsberg (18).

Anfrage der Abg. Dr. Elsnitz, Kandutsch, Scheer und Strohmayer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Handhabung der Preisüberwachung zur Verhinderung weiterer Preisexzesse (18).

#### Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 1, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe von öffentlichen Ankündigungen (Ankündigungsabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 2, Gesetz, betreffend die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden (Hundeabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 3, Gesetz, betreffend die Einhebung einer Abgabe vom Verbräuche von Getränken mit Ausnahme von Bier, Milch, Heil- und Mineralwässern (Getränkeabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 4, Bericht des Rechnungshofes vom 3. August 1949, Z. 2710-3/1949, über das Ergebnis der Geburungsüberprüfung der Stadtgemeinde Graz für die Rechnungsjahre 1947 und 1948 und Stellungnahme des Stadtrates Graz zum Überprüfungsbericht,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 5, über den Ankauf der Liegenschaft Wohnhaus Steyrergasse Nr. 70,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 4, Landesverfassungsgesetz, womit das Landesverfassungsgesetz vom 4. Februar 1926 in der Fassung des LGBl. Nr. 21 von 1946 abgeändert wird,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 5, Gesetz über die Führung des Landshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1950 (Budgetprovisorium),

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 10, über den Ankauf der beiden Grundstücke EZ. 47 und EZ. 59, KG. Feldbach, Regierungsvorlage, Einlaufzahl 11, Bittschrift des Steiermärkischen Landesfechtklubs Graz (Ldtg. Einl.-Z. 187, I. Periode 1949) um Vermietung von Räumen im landschaftlichen Gebäude, Graz, Hameringgasse 3, zum Betrieb des Fechtportes,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 6, Gesetz über die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz auf die im Jahre 1938 eingemeindeten Gebiete,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 7, Gesetz über den Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes, Regierungsvorlage, Beilage Nr. 8, Gesetz für das Land Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz über die Herstellung von Hausentwässerungsanlagen und deren Anschluß an die öffentlichen Straßenkanäle sowie über die Entrichtung von Kanalanschluß- und Kanalbenutzungsgebühren,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz über die Abänderung der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz, LGuVBl. Nr. 20/1881,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 16, betreffend Steiermärkische Landesbahnen, Wettbewerb durch Kraftfahrlinien des Bundes,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 10, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsab-schluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1946,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 19, betreffend Verkauf von landeseigenen Einrichtungsgegenständen aus dem Bestande der gewerblichen Berufsschule in Birkfeld,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 20, Ankauf des Gutsbetriebes Hafendorf und Errichtung einer landwirtschaftlichen Fachschule dortselbst (18).

#### Zuweisungen:

Beilagen Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 und Einlaufzahl 4 an den Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß,

Beilagen Nr. 5, 10 und 11 sowie Einlaufzahlen 5, 10, 11 und 19 an den Finanz-Ausschuß,

Einlaufzahl Nr. 20 an den Landeskultur-Ausschuß und Finanz-Ausschuß,

Einlaufzahl 16 an den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschluß,

Anzeigen der Abg. Landesrat Norbert Horvatek und Präsident Franz Thoma über die gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes anzeigepflichtigen Stellen,

Einlaufzahlen 6 und 7 an den Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß (18).

#### Verhandlungen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 5, Gesetz über die Führung des Landshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1950 (Budgetprovisorium).

Redner: Landesrat Horvatek (19), Landesrat Dr. Illig (20), Abg. Dr. Speck (21), Landesrat Dr. Illig (22), Landesrat Horvatek (22), Abg. Pözl (22), Abg. Strohmayer (22).

Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Illig, Dr. Allitsch, Dr. Amschl und Parteiangehörigen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ausschreitungen in Graz und Voitsberg.

Begründung der Anfrage durch Landesrat Dr. Illig (23). Beantwortung der Anfrage durch Landeshauptmann Krainer (27).

Redner: Landesrat Matzner (28), Abg. Pözl (31), Abg. Stöffler (34), Abg. Kandutsch (35), Abg. Wurm (37), Landesrat Dr. Illig (38), Abg. Dr. Speck (39).

#### Wahlen:

Wahl von Mitgliedern und ihren Stellvertretern in die Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz (23).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 40 Minuten.

**Präsident Thoma:** Ich eröffne die 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier, Präsident Abg. Stockbauer und Abg. Wernhardt.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. Dr. Illig, Dr. Allitsch, Dr. Amschl und Parteiangehörigen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ausschreitungen in Graz und Voitsberg.

Die dringliche Anfrage trägt die nötige Anzahl von Unterschriften, ich werde sie heute nach Abwicklung der Tagesordnung zur Verhandlung stellen.

Weiters wurde eingebracht eine Anfrage der Abg. Dr. Elsnitz, Kandutsch, Scheer, Strohmayer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Handhabung der Preisüberwachung zur Verhinderung weiterer Preisexzesse.

Ich werde diese Anfrage der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Wird hiezu das Wort gewünscht? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich werde also wie angegeben vorgehen.

In der heutigen Sitzung wurden aufgelegt:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 1, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe von öffentlichen Ankündigungen (Ankündigungsabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 2, Gesetz, betreffend die Einhebung einer Abgabe für das Halten von Hunden (Hundeabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 3, Gesetz, betreffend die Einhebung einer Abgabe vom Verbräuche von Getränken mit Ausnahme von Bier, Milch, Heil- und Mineralwässern (Getränkeabgabegesetz),

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 4, Bericht des Rechnungshofes vom 3. August 1949, Zl. 2710-3/1949, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Stadtgemeinde Graz für die Rechnungsjahre 1947 und 1948 und Stellungnahme des Stadtrates Graz zum Überprüfungsbericht,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 5, über den Ankauf der Liegenschaft, Wohnhaus Steyrergasse 70,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 4, Landesverfassungsgesetz, womit das Landesverfassungsgesetz vom 4. Februar 1926 in der Fassung des LGBl. Nr. 21 von 1946 abgeändert wird,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 5, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1950 (Budgetprovisorium),

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 10, über den Ankauf der beiden Grundstücke EZ. 47 und EZ. 59, KG. Feldbach,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 11, Bittschrift des Steiermärkischen Landesfechtklubs, Graz (Ldtg.-Einl.-Z. 187, I. Periode 1949), um Vermietung von Räumen im landschaftlichen Gebäude, Graz, Hamerlinggasse 3, zum Betriebe des Fechtportes,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 6, Gesetz über die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz auf die im Jahre 1938 eingemeindeten Gebiete,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 7, Gesetz über den Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 8, Gesetz für das Land Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz über die Herstellung von Haus-

entwässerungsanlagen und deren Anschluß an die öffentlichen Straßenkanäle sowie über die Entrichtung von Kanalanschluß- und Kanalbenutzungsgebühren,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz über die Abänderung der Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz, LGuVBl. Nr. 20/1881,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 16, betreffend Steiermärkische Landesbahnen, Wettbewerb durch Kraftfahrlinienbetriebe des Bundes,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 10, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1946,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 19, betreffend Verkauf von landeseigenen Einrichtungsgegenständen aus dem Bestande der gewerblichen Berufsschule in Birkfeld,

Regierungsvorlage, Einlaufzahl 20, Ankauf des Gutsbetriebes Hafendorf und Errichtung einer landwirtschaftlichen Fachschule dortselbst.

Falls keine Einwendung erhoben wird, werde ich unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist

die Beilagen Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 und die Einlaufzahl 4 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

die Beilagen Nr. 5, 10 und 11 sowie die Einlaufzahlen 5, 10, 11 und 19 dem Finanzausschuß,

die Einlaufzahl Nr. 20 dem Landeskulturausschuß zur Vorberatung und sodann dem Finanzausschuß und die Einlaufzahl 16 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß zuweisen.

(Nach einer Pause): Ich stelle fest, daß dagegen keine Einwendung erhoben wird.

In Anbetracht dessen, daß einige Regierungsvorlagen, wie das Landesverfassungsgesetz, das Gesetz über das Budgetprovisorium sowie die Gesetze über die Einhebung von Abgaben einer dringlichen Behandlung zugeführt werden müssen, ersuche ich den Gemeinde- und Verfassungsausschuß sowie den Finanzausschuß, sofort nach Schluß der Sitzung zur Konstituierung zusammenzutreten, die Obmänner, ihre Stellvertreter, die Schriftführer und ihre Stellvertreter zu wählen, die Namen der Gewählten der Landtagspräsidialkanzlei sogleich schriftlich bekanntzugeben und hernach die Beratungen über die Vorlagen, die einer raschen Behandlung bedürfen, aufzunehmen. Es stehen für diese Sitzungen zur Verfügung:

Dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß der Raum im I. Stock, Zimmer Nr. 18, und

dem Finanzausschuß der Raum im I. Stock, Zimmer Nr. 56.

Ich teile mit, daß die Obmännerkonferenz beschlossen hat, daß der Finanzausschuß heute um 15 Uhr in seinem zugewiesenen Raum tagt und der Gemeinde- und Verfassungsausschuß am 21. Dezember, also nächsten Mittwoch, um 9 Uhr.

Da die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages voraussichtlich am 23. Dezember stattfinden wird, bitte ich die beiden Ausschüsse, Berichte und Anträge zu den Vorlagen, die einer raschen Behandlung bedürfen, bis 21. Dezember 1949 in der Landtagspräsidialkanzlei abzugeben.

Ferner sind eingelangt:

Die Anzeige des Abg. **Norbert Horvatek** über die gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes anzeigepflichtigen Stellen, Einlaufzahl 6, und

meine Anzeige gleichen Inhaltes, Einlaufzahl 7.

Diese beiden Anzeigen sind nach § 7 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einem vom Landtag zu bestimmenden Ausschuß zu zuweisen. In früheren Landtagsperioden wurden derartige Anzeigen dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zugewiesen.

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, die mit der Zuweisung dieser beiden Anzeigen an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte gemeldet hat sich Herr Landesrat **Horvatek**.

**Landesrat Horvatek:** Hoher Landtag! Während es uns gelungen ist, im Vorjahre den Voranschlag 1949 fast ordnungsgemäß zu erledigen, bin ich heuer gezwungen, dem Hohen Landtag ein Budgetprovisorium vorzuschlagen. Die Gründe dürften Ihnen geläufig sein aus den Mitteilungen der Presse über die Einbringung eines Budgetprovisoriums für das Haushaltsjahr 1950 für den Bundeshaushalt. In den Presseauslassungen wurde darauf hingewiesen, daß der Bundes-Finanzminister einerseits gezwungen sein wird, den von seinem Vorgänger eingebrachten Voranschlag für das Budgetjahr 1950 einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen, andererseits werde er dazu deshalb einige Zeit brauchen, weil er die Auswirkung der neu festgesetzten Relation Schilling und Dollar und damit im Zusammenhang auch anderer Währungen abzuwarten gedenkt, um feststellen zu können, welchen Einfluß sie auf die gesamte Finanzlage des Bundes hat. Für das Land Steiermark sind die Gründe nicht gleicher, aber ähnlicher Art. Als nämlich der Voranschlag für den Bund eingebracht wurde, entstand die wichtige Frage: „Wie sieht es mit den Ländern aus?“ Das Finanzausgleichsgesetz, das ja entscheidend ist für die finanzielle Lage der Länder, ist befristet bis 31. Dezember 1949. Verhandlungen über eine Neufassung dieses Gesetzes hatten nicht stattgefunden. Es war also wichtig zu wissen, ob dieses Finanzausgleichsgesetz auf ein weiteres Jahr verlängert wird oder ob wesentliche Änderungen vorgenommen werden.

Aus dem Studium des Entwurfes des Bundesbudgets 1950 hat sich ergeben, daß der Herr Finanz-

minister weitgehende Zugriffe auf die Finanzen der Länder und Gemeinden plant. Es wurde zu diesem Zweck auch eine Novellierung des sogenannten Abgabenteilungsgesetzes oder Finanzausgleichsgesetzes für das Jahr 1950 vorbereitet und den Ländern zugesendet. Daraus ergab sich nun, daß die Absicht bestand, den Personalaufwand für die Pflichtschullehrerschaft — dazu gehören die Volksschullehrer, die Hauptschullehrer, die Berufsschullehrer und alle an den landwirtschaftlichen Fachschulen tätigen Lehrer — den Ländern aufzulasten, ihnen aber einen Ausgleich teilweise dadurch zu geben, daß die den Gemeinden derzeit allein gehörige Gewerbesteuer den Gemeinden abgenommen und als eine geteilte Bundesabgabe erklärt werden sollte. Die Aufteilung der Gewerbesteuer sollte in der Form stattfinden, daß dem Bund 10%, den Ländern 20% und den Gemeinden 70% zugeflossen wären. Außerdem war festgelegt, daß die Länder berechtigt sein sollten, 25% der Grundsteuer, die eine reine Gemeindesteuer darstellt, einzuziehen und, soweit sie dadurch noch nicht imstande seien, die Personallasten für die Pflichtschullehrer zu tragen, einen Teil dieser Personallasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Wenn dieser Plan zur Durchführung gelangt wäre, hätten die Länder eine Last übernehmen müssen, die sie nicht hätten tragen können. Diese Last hätte für das Land Steiermark — abgesehen von anderen Bestimmungen, die auch eine Belastung von etwa 10 Millionen Schilling bedeutet hätten — eine Belastung von rund 81 Millionen Schilling ausgemacht. 81 Millionen + 10 Millionen sind 91 Millionen Schilling. Bei einem Budget von 216 Millionen Schilling (wie es im Jahre 1949 vorgesehen war) ergibt das eine zusätzliche Belastung von über  $\frac{2}{5}$ . Das wäre unerträglich gewesen. Das Land Steiermark sowie die übrigen Länder wären daher gezwungen gewesen, einen bedeutenden Teil der Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Die Finanzlage der Gemeinden ist jedoch an sich nicht rosig. Die Nachkriegsjahre haben den Gemeinden besondere Aufgaben auferlegt, die zum Teil noch nicht erfüllt sind. Es wäre also zu einem heftigen Ringen gekommen zwischen den Ländern und den tausenden Gemeinden mit dem Ergebnis, daß beide finanziell invalid geworden wären. Aus dem Grund haben sich die Vertreter der Gemeinden, und zwar der Landgemeindegewerbeverband, der Städtebund und die Landesfinanzreferenten in der einmütigen Auffassung gefunden, daß diese Vorlage nicht Gesetz werden dürfe, wenn man die finanziellen Grundlagen der Länder und Gemeinden nicht zerstören will. Bei den Verhandlungen am 24. November 1949 in Wien wurde das auch unzweideutig gegenüber dem neuen Finanzminister Dr. **Margaretha** zum Ausdruck gebracht. Er hat diese Meinung zur Kenntnis genommen und erklärt, er beharre nicht gerade auf dieser Vorlage, er sei bereit, auch eine andere Form einer Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Notlage des Bundes zur Kenntnis zu nehmen, aber es müsse darüber verhandelt werden. Bei dieser Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß das Bundesbudget gegenüber 1949 außerordentlich aufgebläht erscheint. Während die Gesamtaufwendungen im Bundesbudget 1949 6 Milliarden betragen, betragen sie im vorgelegten Bundesbudgetentwurf

für 1950 10,6 Milliarden. Es ist das eine Steigerung von rund 62%, eine Steigerung, die scheinbar nicht genug überdacht wurde, weil sie als untragbar anzusehen ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß kein Finanzreferent, weder der Gemeinden noch der Länder, bereit sein würde, ein so weitgehend aufgeblähtes Budget seiner Vertretungskörperschaft vorzulegen. Ergebnis der Verhandlung war: Man kommt neuerlich zusammen. Diese neuerliche Zusammenkunft war am 9. Dezember 1949. Obwohl eine geschlossene Front der Länder und aller Gemeinden bestanden hat, mußte zur Kenntnis genommen werden, daß der Bund auch bei größter Sparsamkeit besonders hohe Lasten zu übernehmen hat durch die neue Relation Schilling : Dollar und der übrigen Währungen und daß auch gewisse Vorkehrungen im Budget getroffen werden müssen für die Lasten, die sich aus dem Staatsvertrag — den wir ja alle erhoffen, von dem wir allerdings nicht wissen, wann er zustandekommt — ergeben. Würde das nicht geschehen, wäre ein Desinteressement zu erkennen an diesem Staatsvertrag, was aus staatspolitischen Gründen nicht wünschenswert erscheint. Nach langen Verhandlungen hat sich folgendes ergeben. Die Länder und Gemeinden sind dadurch, daß der Bundesfinanzminister im Einvernehmen mit den Regierungsparteien schon erklärt hat, er werde mehrere geteilte Bundesabgaben ermäßigen, und zwar die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer, und zwar um je 20%, daß außerdem im Nationalrat bereits verabschiedet wurde eine Ermäßigung des Aufwuschlages zur Weinsteuern, wesentlich getroffen. Es handelt sich hiebei ja um geteilte Bundesabgaben, so daß sich ein nicht unwesentlicher Teil der Kürzung auf die Länder und Gemeinden auswirkt. Weiters werden den Ländern und Gemeinden auch gewisse Leistungen auferlegt dadurch, daß durch die neue Relation Schilling : Dollar manche Dinge eine Verteuerung erfahren werden. Trotzdem hat der Finanzminister darauf bestanden, man müsse ihm helfen. Er wurde dabei unterstützt durch prominente Mitglieder der Regierung und durch den Präsidenten der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft, den Herrn Präsidenten Raab. Nach langen Verhandlungen ist es dann dazu gekommen, daß die Länder und Gemeinden sich bereit finden mußten, zu dem ersten Notopfer, dessen zweite — sagen wir — Tranche noch im Jahre 1950 wirksam ist und welche 150 Millionen beträgt, noch 200 Millionen Notopfer an den Bund zu leisten. Es wurde gleich verhandelt, wie dieses Notopfer verteilt werden soll und man hat sich geeinigt, daß von diesen 200 Millionen die Stadt Wien als Land und Gemeinde ein Drittel tragen wird und daß von dem restlichen Teil die Länder ein Viertel und die Gemeinden drei Viertel zu tragen haben. Die Verteilung scheint im ersten Augenblick für die Gemeinden ungünstig. Sie ist es deshalb nicht, weil die Gemeinden bei weitem nicht so von den Steuerermäßigungen des Bundesfinanzministers getroffen werden wie die Länder.

In dem Zusammenhang wurde eine Reihe von Modifikationen im Abgabenteilungsgesetz 1950 erreicht, die Länder und Gemeinden vor weiteren Zugriffen der hohen Finanzbürokratie schützen werden. Es wird keine Erhöhung des Polizeikostenaufwandes

stattfinden für die Gemeinden, die Bundespolizei in ihrem Bereich haben, ebenso werden besondere Lasten an Personalaufwendungen für das ständige Straßenpersonal den Ländern nicht mehr aufgelastet.

Für Steiermark ist das Ergebnis folgendes :

Das erste Notopfer belastet das Land mit 13,7 Millionen, das zweite mit 6,5 Millionen. Außerdem übernimmt ab 1. Jänner 1950 das Finanzministerium nicht mehr die Zahlung der Ernährungsbeihilfen für die in der Hoheitsverwaltung der Länder und auch in den Betrieben und Anstalten der Länder befindlichen Personen. Das bedeutet also eine Mehrbelastung für das Land von 4 Millionen. Und schließlich betragen die Steuerermäßigungen geschätzt etwa 16,9 Millionen. Das heißt also, daß das Land Steiermark von den zu erhoffenden Bundesertragsanteilen 41,1 Millionen weniger erhalten wird. Das ist ein bedeutsamer Betrag, der außerordentlich ins Gewicht fällt. Wenn man sich vor Augen hält, daß der Landesvoranschlag 1950, der im Entwurf fertig ist, außerordentliche Ausgabenerhöhungen aufweist und weiter bedenkt, daß die Einnahmen, die präliminiert waren, um 41 Millionen Schilling geringer sind, erklärt sich die Notwendigkeit, weitgehende Änderungen im Landesvoranschlag 1950 vorzunehmen. Es wird gerungen werden müssen mit jedem politischen Referenten und mit jedem Amtsvorstand um die Wünsche, zum Teil außerordentlich berechnete Wünsche, die vorgetragen werden, und die finanziellen Bedeckungsmöglichkeiten. Ich schätze, daß der Voranschlag 1950 eine Erhöhung gegenüber 1949 um etwa 20 % erfahren kann, aber nicht darüber. Die Wünsche gehen aber weit darüber hinaus, wenn ich den Vergleich ziehe zwischen den Erhöhungen des Voranschlages von 1950 gegenüber 1949. Es wird weitgehender und eingehender Beratungen bedürfen, um das Budget so einzurichten, daß wir ein ausgeglichenes Budget dem Hohen Landtage werden vorlegen können. Aus dem Grunde erweist es sich als unumgänglich notwendig, daß für das Haushaltsjahr 1950, und zwar für die ersten 4 Monate, Vorsorge getroffen wird und zu diesem Zwecke wurde die Regierungsvorlage bezüglich des Budgetprovisoriums heute eingebracht.

Ich bitte die Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses, diese Vorlage einer möglichst baldigen Behandlung zu unterziehen, weil ich darauf dringen muß, daß sie noch vor Ende des Jahres beschlossen wird. Sonst würden wir zu dem Zustand kommen, daß wir verfassungsmäßig nicht in der Lage wären, im Lande zu gebaren. Hingegen mache ich mich anheischig, so rasch als möglich den Voranschlag 1950 entsprechend den modifizierten Einnahmen mit den politischen Referenten und Amtsvorständen zu beraten und Ihnen vorzulegen. Es wird keine unnütze Zeit verstreichen, wir werden die Zeit ausnützen und bis spätestens Ende März hoffen wir, daß wir in die meritorischen Beratungen des Voranschlages 1950 werden eintreten können, es kann aber auch schon der Februar sein. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP und SPÖ.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Ein Budgetprovisorium ist keine sehr erfreuliche Angelegenheit, vor allem dann nicht, wenn es für den verhältnis-

mäßig langen Zeitraum von 4 Monaten in Aussicht genommen wird. In der Zeit eines solchen Budgetprovisoriums treten zwangsläufig gewisse Störungen in der wirtschaftsfördernden und aufbauenden Tätigkeit des Landes ein, denn nur die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushaltes dürfen im Ausmaß des Jahres 1949, vermehrt um 10 %, getätigt werden, sonst nur jene Ausgaben, die auf gesetzlichen oder Pflichtleistungen des Landes beruhen und Personalausgaben. Die gesamten einmaligen Ausgaben, also einerseits die Ausgaben für Investitionen, andererseits für Förderungsbeiträge aller Art, also gerade jene Ausgaben, die Wirtschaftsförderung und Kulturförderung betreffen, sind gestoppt bzw. unterbunden. Einen außerordentlichen Haushalt, aus dem zusätzlich noch im Kreditwege eine aufbauende und wirtschaftsfördernde Tätigkeit des Landes entfaltet werden könnte, gibt es natürlich bei einem Budgetprovisorium überhaupt nicht. Lediglich die nicht verbrauchten Mittel des außerordentlichen Haushaltes vom Jahre 1949 können, soviel wir Kredit aufbringen, noch flüssiggestellt werden. Ein Budgetprovisorium ist aber auch aus allgemeinen finanzpolitischen Gründen grundsätzlich nicht als erfreulich zu bezeichnen, weil es dem Prinzip der rechtzeitigen Ordnung des öffentlichen Haushaltes widerspricht.

Nun, erfreulicherweise können wir die Feststellung machen, daß die Steiermärkische Landesregierung an der Tatsache, daß wir ein Budgetprovisorium beschließen müssen, nicht schuldtragend ist. Wir sind bisher in der Regel immer rechtzeitig fertig geworden, manchmal mit einer Verspätung von 2 oder 3 Tagen, die praktisch nicht ins Gewicht fiel. Heuer sind wir zu einem Budgetprovisorium durch die gleiche Handlungsweise des Bundesministeriums für Finanzen genötigt, weil wir ja die Ansätze des endgültigen Bundesfinanzgesetzes 1950 noch nicht kennen, von welchen ziffernmäßigen Ansätzen unser eigenes Budget weitgehend abhängig ist. Aber auch eine zweite Tatsache nötigt uns zu einem Budgetprovisorium, die Tatsache nämlich, daß der Finanzausgleich mit 31. Dezember d. J. abläuft und ein neues Finanzausgleichsgesetz noch nicht beschlossen ist. Ja, wie wir gehört haben, haben erst in den letzten Tagen die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über einen neuen Finanzausgleich stattgefunden. Hier könnte man vielleicht an den Herrn Finanzreferenten, übrigens auch in gleicher Weise an die Finanzreferenten aller anderen Länder, ebenso an den Städtebund und an den Finanzminister die Frage richten, warum man sich mehr als ein volles Jahr oder genau ein volles Jahr Zeit gelassen hat, sich über einen gerechten neuen Finanzausgleich den Kopf zu zerbrechen; (LR. Horvatek: „Schon im Mai wurde dies gefordert!“) denn das Finanzausgleichsgesetz 1948 wurde schon am 18. Dezember 1948 bis zum 31. Dezember des heurigen Jahres erstreckt. Seit dem 18. Dezember 1948 wußte man also, daß der Finanzausgleich mit 31. Dezember 1949 ablaufen würde und durch den sogenannten Super-Finanzausgleich 1949, durch das Bundesgesetz vom 19. Mai 1949 über die Beitragsleistung der Länder und Gemeinden zum Bundeshaushalt, wurde ja diese ganze

finanzpolitische Kardinalfrage des Finanzausgleiches den Ländern und Gemeinden neuerlich sehr drastisch in Erinnerung gerufen; sehr eindringlich und schmerzlich. Durch diesen Superfinanzausgleich vom Jahre 1949 mußten Länder und Gemeinden das zweijährige Notopfer von 300 Millionen Schilling auf sich nehmen. Aber auch das hat anscheinend nicht hingereicht, alle maßgebenden Kreise zusammengenommen zu veranlassen, rechtzeitig für einen endgültigen Finanzausgleich besorgt zu sein. Gewissermaßen im Schnellsiedertempo ist ein weiterer Finanzausgleich für 1 Jahr, für 1950, zusammengeleimt worden, welcher uns neue schmerzliche Opfer auferlegt, wenn auch diese Opfer nicht so groß sind, als anfänglich befürchtet werden mußte. Wir werden für dieses Budgetprovisorium naturgemäß stimmen. Wir verbinden unsere Zustimmung aber mit einem Appell und einer Bitte an den Herrn Finanzreferenten, im Laufe des Jahres 1950 rechtzeitig für einen endgültigen Finanzausgleich Vorsorge zu treffen (LR. Horvatek: „Wenn ich das könnte!“) und hiebei die Interessen des Landes tatkräftig zu vertreten, was er ja überdies — was gerne zugegeben sei — bisher immer getan hat. (Beifall. — Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Dr. Speck: Ich möchte nur zu einer Bemerkung des Herrn Vorredners etwas sagen, und zwar zu seiner Klage darüber, daß jetzt wieder nur eine provisorische Verlängerung des Finanzausgleiches beschlossen wurde, daß aber der endgültige Finanzausgleich — wie er ihn genannt hat — noch nicht zustande gekommen ist und daß man sich auch angeblich nicht rechtzeitig bemüht hat, ihn zustande zu bringen. Zu dem letzteren hat der Herr Finanzreferent in einem Zwischenruf schon darauf hingewiesen, daß schon im Mai das Land Steiermark diese Forderung erhoben hat. Dasselbe ist auch von anderen Gebietskörperschaften aus geschehen. Ich brauche eigentlich gar nicht gesondert darauf hinzuweisen, daß in einer Zeit, wo die ganze finanzielle und überhaupt wirtschaftliche Entwicklung noch im Fluß ist, es nach meiner Meinung nicht wünschenswert ist, daß wir jetzt schon einen sogenannten endgültigen Finanzausgleich schaffen, der ja mindestens, sagen wir, für 10 oder 15 Jahre gelten und die Basis für die Voranschläge aller Gebietskörperschaften bilden muß. Es hat so ein endgültiger Finanzausgleich keinen Sinn in einer Zeit, in der dieser nach einem halben oder drei Viertel Jahr wieder geändert werden müßte. Es ist eine Tatsache, daß in einer Zeit, in der der Staatsvertrag noch nicht abgeschlossen ist, man also noch nicht einmal weiß, welche finanziellen Belastungen sowohl dem Bund wie indirekt oder direkt auch die anderen Gebietskörperschaften in Österreich treffen werden, es wahrscheinlich gar nicht möglich sein kann, einen endgültigen Finanzausgleich zu schaffen. Ich würde gerade eine überstürzte Schaffung eines solchen endgültigen Finanzausgleiches eher bedauern. Ich glaube, daß es von diesem Gesichtspunkt aus vielleicht gar nicht schlecht war, daß man diesmal nur zu einer provisorischen Verlängerung kommen konnte. Man kann ja vielleicht doch hoffen, daß der Staatsvertrag noch in der ersten Hälfte des Jahres 1950 zustande kommt, daß also

das Jahr 1950 eine größere Klarheit über die weitere staatsfinanzielle Entwicklung bringt, von der auch die Länder und die Gemeinden indirekt abhängen, und daß daher spätestens mit Ende des Jahres 1950 die wirklichen Beratungen über einen dauernden Finanzausgleich geschaffen werden könnten. Ich glaube, aus diesem Gesichtspunkt ist es nicht zu bedauern, daß es bisher nicht dazu gekommen ist. Das wollte ich nur dazu sagen. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Dr. Illig**: Hohes Haus! Mit dem Ausdruck „endgültiger Finanzausgleich“ habe ich nicht eine stabile Regelung auf 15 Jahre im Auge gehabt, aber wenigstens eine finanzpolitische Sicherheit für das Land auf ein oder zwei Jahre. Das soll nämlich heißen, daß nicht wieder so ein Fall eintritt wie er uns im Jahre 1949 passiert ist, daß uns plötzlich mitten im Budgetjahr 40 Millionen Schilling neue Einbußen hinaufgewälzt werden und wir dann in Form eines Nachtragsbudgets bemüht sein müssen, die Sache halbwegs wieder zusammenzuleimen. Das hat uns ja das Bundesministerium für Finanzen eingebrockt. Meine Bitte geht eben dahin, daß eben auch bei einem provisorischen Finanzausgleich — wie er jetzt gerade besteht — wenigstens für die Vertragszeit unbedingte Sicherheit vereinbart wird, damit wir vor neuen Überraschungen gesichert sind.

Landesrat **Horvatek**: Ich möchte auf eine Bemerkung des Herrn Landesrates Dr. Illig noch antworten. Die Länder haben bei den Verhandlungen über das erste Notopfer kategorisch gefordert, daß sofort die Verhandlungen über den Finanzausgleich 1950 beginnen sollen. Der damalige Finanzminister Dr. Zimmermann hat erklärt, die Verhältnisse seien so labil, daß es vorerst nicht möglich sei. Dann kam die Zeit der Ferien und nach den Ferien haben die Vorbereitungen für die Wahlen begonnen. Zu dieser Zeit war es Finanzminister Dr. Zimmermann gewiß auch schon bekannt, daß seine Position erschüttert war und daß er wahrscheinlich abgelöst werden wird. Es ist selbstverständlich, daß er da auch kein besonderes Interesse an weitgehenden Verhandlungen mehr hatte. Es war also die ganze Verzögerung der Ungunst der Verhältnisse zuzuschreiben.

Für die Zukunft darf man folgendes sagen: Herr Finanzminister Dr. Margaretha, der ja die Meinung vertritt, man müsse zu vollkommen stabilen, gesunden Verhältnissen kommen, ist bereit, über einen künftigen Finanzausgleich zu verhandeln. Er wird es aber erst dann tun, wenn nach den ersten 4 Monaten des Jahres 1950 das Budgetprovisorium abgelaufen ist und die Auswirkungen zu erkennen sein werden. Es liegt ein Beschluß der Finanzreferenten vor, daß bereits im März 1951 mit dem Städte- und mit dem Landgemeindegemeinschaften ein eigener Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes ausgearbeitet werden soll, den wir unsererseits dem Finanzminister als Verhandlungsgrundlage vorlegen wollen. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege dorthin, wohin der Herr Landesrat Dr. Illig zu kommen wünscht. (Beifall.)

Abg. **Pözl**: Das Budgetprovisorium des Landes ist eine logische Folge des Budgetprovisoriums des Bundes. Es wurde darüber im Nationalrat hinläng-

lich diskutiert. Interessant ist, daß für die Budgetprovisorien die Schillingabwertung verantwortlich gemacht wird. Während vor der Abwertung unzweideutig von Seite der beiden Regierungsparteien erklärt wurde, daß die Schillingabwertung keine besondere Bedeutung für die österreichische Wirtschaft und für den österreichischen Staatshaushalt habe, muß man nach der Schillingabwertung erfahren, was ja jeder vernünftige Mensch schon vorher gewußt hat, daß diese von den Amerikanern diktierte Schillingabwertung geradezu revolutionierende Bedeutung für unsere gesamte Wirtschaft und damit auch für den Staatshaushalt hat. Die Lage des Landes wird besonders dadurch erschwert, daß der neue Finanzminister offensichtlich die schwierige finanzielle Situation des Bundes dadurch zu überwinden gedenkt, daß er vor allem in der Abgabenteilung die Länder und die Gemeinden auf das schwerste schröpfen wird. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß vor kurzer Zeit das „Steirerblatt“ dem neuen Finanzminister, Herrn Dr. Margaretha, bedeutende Vorschußlorbeeren gesendet hat. „Das ist ein Mann, der neue Finanzminister“, hat es in diesem Leitartikel im „Steirerblatt“ geheißen. Allerdings am Ende dieses Artikels mußte zugegeben werden, daß alle Maßnahmen, die der Finanzminister bis jetzt getroffen hat — bei Steuersenkungen usw. — in erster Linie der besitzenden Klasse zugute kommen.

Die Autonomie der Länder in bezug auf ihre Finanzgebarung ist außerordentlich beschränkt. Das außerordentliche Budget des Landes, das in der vergangenen Periode mit soviel Aufwand beschlossen wurde, wobei die beiden großen Regierungsparteien sich nicht genug tun konnten, großzügige Anträge zu stellen, dieses außerordentliche Budget, das wesentliche Aufbauleistungen beinhaltet, wurde dann schließlich gar nicht durchgeführt, konnte offensichtlich gar nicht durchgeführt werden. Und man kann sich denken, wie es erst in diesem Finanzjahr aussehen wird bei dem Geist, der im Finanzministerium herrscht, nämlich Sanierung des Bundeshaushaltes in erster Linie auf Kosten der Länder und Gemeinden. Ich glaube, anläßlich der Beratungen des provisorischen Budgets müßte der Landtag in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß die Sanierung des Bundeshaushaltes nicht auf Kosten der Länder und der Gemeinden erfolgen darf.

Abg. **Strohmayer**: Hohes Haus! Auch ich bekenne, daß dieses Provisorium seine Ursache im Bundes-Budgetprovisorium hat. Aber es ist für die Wirtschaft untragbar, daß immer weiter mit Provisorien gearbeitet wird. Die Wirtschaft müßte endlich einmal genau wissen, was sie in der Folge dem Bund, den Ländern und Gemeinden zu zahlen hat, damit auch sie einmal eine genaue Rechnung erstellen kann. Wenn wir auf der einen Seite hören, daß die Einnahmen durch die Steuerermäßigungen um 20% heruntersetzt werden, wirkt es auf der anderen Seite erstaunlich, daß man bei einem Teil der Ausgaben 10% dazugeben will. Wir sehen daher eine Diskrepanz in der ganzen Entfaltung und halten es für sehr notwendig, daß einmal da mit großer Entschiedenheit und mit genauen Zahlen an die

Dinge herangetreten wird. Provisorien bedingen Provisorien in der Wirtschaft und diese Provisorien in der Wirtschaft haben die Zustände gebracht, vor denen wir heute stehen. Es ist für uns nicht geziemend, mit den Händen nach den einzelnen kleinen Geschäftsleuten zu deuten, weil sie vielleicht nicht ganz genau die Rechnung durchziehen können in der heutigen Zeit. Wir müssen auf uns selbst schauen und sind der Meinung, gegen alle Provisorien stimmen zu müssen. (Beifall bei VdU.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Ich schreite zur Tagesordnung.

Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern der Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz. Nach §§ 28 und 29 des Abgabenrechtsmittelgesetzes und der darauf bezughabenden Mitteilung der Finanzlandesdirektion in Graz hat der Steiermärkische Landtag 12 Mitglieder und 12 Stellvertreter in die Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz zu wählen. Die Wahl hat nach den für die Wahl der Mitglieder der Landesregierung festgesetzten Bestimmungen zu erfolgen. Es ist daher die Wahl nach dem Verhältniswahlrecht vorzunehmen. Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz stelle ich fest, daß demnach von der ÖVP 6 Mitglieder und 6 Ersatzmänner, von der SPÖ 5 Mitglieder und 5 Ersatzmänner, vom VDU 1 Mitglied und 1 Ersatzmann für die Wahl vorzuschlagen sind. Es liegen folgende schriftliche Wahlvorschläge vor:

Von der ÖVP werden zur Wahl vorgeschlagen:

**Mitglieder:**

Staatssekretär a. D. August Kraft, Hafendorf;  
 August Frewein, Sägewerksbesitzer in Weißkirchen;  
 Alois Volger, Krottendorf;  
 Josef Fekonja, Stadtbaumeister, Graz;  
 Josef Valentinitzsch, Eggenberg;  
 Ludwig Kußmann, Kinobesitzer, Graz.

**Ersatzmänner:**

Dipl. Ing. Wladimir Pelleter, Forstrat!  
 Rechtsanwalt Dr. Roman Wunsch, Kitzek;  
 Viktor Rainer, Gaishorn;  
 Kommerzialrat Johann Perthold, Schuhmacher,  
 Graz, Friedrichgasse 3;  
 Heinrich Egger, Kaufmann, Geidorfgürtel 16;  
 Alois Gangl, Baumeister, Graz, Rechbauerstraße.

Von der SPÖ:

**Mitglieder:**

Jakob Reicher, Bauer in Gschnaidt 41;  
 Dr. Wolfgang Bauerreiß, Rechtsanwalt, Graz,  
 Herrngasse 9;  
 Dr. Otto Kaufmann, prakt. Arzt, Graz, Klosterwies-  
 gasse 18;  
 Heinrich Peisser, Verwalter, Graz-Eggenberg;  
 Josef Voit, Kaufmann, Schillerstraße 14.

**Ersatzmänner:**

Jakob Feierl, Bauer, Eggenberg;  
 Dr. Helmut Pokorny, Rechtsanwalt, Graz;  
 Dr. Walter Lienhardt, Graz;

Josef Kahr, Handelsagent, Graz, Kreuzgasse 50;  
 Felix Pleschek, Tischlermeister, Graz, Graben-  
 straße 69.

Vom VdU:

**Mitglied:**

Viktor Juritsch, Kaufmann, Graz, Wetzelsdorfer-  
 straße 163.

**Ersatzmann:** ~~Escherich~~

Dr. Decker, Eltendorf bei Fürstenfeld, Graz, Zinzen-  
 dorfgasse 17.

Wenn keine Einwendungen vorgebracht werden, werde ich über sämtliche Wahlvorschläge unter einem abstimmen lassen.

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Die Anträge sind angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ich gehe nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abg. Dr. Illig, Dr. Allitsch, Dr. Amschl und Parteiangehörigen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Ausschreitungen in Graz und Voitsberg.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Illig das Wort.

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! In der Vorwoche haben sich während der Verhandlungen zwischen den Bauinnungen von Tirol, Kärnten und Steiermark einerseits und dem Gewerkschaftsbunde andererseits über die Auszahlung einer Überbrückungshilfe an die Arbeiter der Bau- und Bauhilfsgewerbe Ausschreitungen ereignet, die insbesondere in Graz und im Bezirk Voitsberg ernsten Charakter angenommen haben. In Graz wurden u. a. fast sämtliche Fenster des Gewerbehäuses der Handelskammer, die Scheiben des Opernkaffees, des Schuhhauses Stiefelkönig, des Geschäftes Prasthofer, des Pelzsalons Homschak und anderer Geschäfte zertrümmert und die Gaststätte des Herrn Braun am Griesplatz beinahe vollkommen demoliert. In dieser Gaststätte wurden nicht nur die Scheiben zertrümmert sondern auch die Einrichtung, Luster, Möbel, ja sogar die Musikinstrumente der dort beschäftigten Musiker vernichtet.

Im Bezirk Voitsberg wurde der Verkehr auf der Graz-Köflacher Eisenbahn und auf der Packer Bundesstraße durch mehrere Stunden und mehrmals unterbunden und unmöglich gemacht. Unter anderem wurde auch das Fahrzeug des Chefs des britischen Nachrichtendienstes an der Weiterfahrt nach Graz verhindert, was eine Intervention des britischen Elementes bei der Bundesregierung zur Folge hatte. 2 Beamte der Handelskammer und eine Anzahl von Wachebeamten wurden durch Steinwürfe verletzt und Baumeister Fleischhacker in Voitsberg wurde geprügelt und in eine Auslagenscheibe gestoßen, wodurch er eine Reihe von Verletzungen erlitt. Auf Grund zahlreicher Beobachtungen und Berichte muß angenommen werden, daß diese Ausschreitungen und die schwere Beschädigung des Eigentums von Staatsbürgern nur dadurch

zustande kommen konnte, daß die Demonstrationen der durch zahlreiche verdächtige Elemente verstärkten Bauarbeiter nicht rechtzeitig unterdrückt und auch nach Eintreten der ersten Ausschreitungen die Machtmittel der Exekutive nicht mit nötigem Nachdruck eingesetzt wurden. Erst in letzter Minute, als bereits die größten Zerstörungen verursacht waren, wurde auf dringende Urgenz des Herrn Landeshauptmannes Gendarmerie eingesetzt. Daß durch rechtzeitigen Einsatz der Mittel der Exekutive jegliche Ausschreitungen hätten leicht verhindert werden können, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß das bloße Erscheinen der Gendarmerie in den Straßen von Graz ohne jede Aktion dieser Gendarmerie hingereicht hat, um jede weitere Ausschreitung zu verhindern. Um in Hinkunft derartige ähnliche Vorkommnisse hintanzuhalten, richten wir an den Herrn Landeshauptmann nachstehende dringliche Anfrage:

„Ist der Herr Landeshauptmann gewillt, bei der Bundesregierung und insbesondere beim Herrn Innenminister vorstellig zu werden und zu fordern, daß in Hinkunft alles vorgekehrt wird, damit Leben, Gesundheit und Eigentum der Staatsbürger unter allen Umständen geschützt wird?“

Hohes Haus! Lassen Sie mich zur Begründung dieser Anfrage noch einen kurzen Überblick auf den chronologischen Hergang der Ereignisse werfen, wobei es unvermeidlich ist, daß auch die Schuldfrage gestreift werden muß. Der Herr Abg. Pölzl hat früher beim Budgetprovisorium u. a. sich mit der Tatsache der Angliederung des Schillings an die Dollar-Relation befaßt. Als einige Zeit vor der Wahl das Pfund abgewertet wurde, mußte ins Auge gefaßt werden, daß auch der Schillingkurs auf die Dauer irgendwie in Einklang zu diesem finanzpolitischen Weltereignis gebracht werden muß, schon um den weiteren Export unserer heimischen Industrie zu sichern. Es war aber keinerlei Anlaß vorhanden, eine innere Unruhe hier im Lande zu erzeugen. Die Kommunistische Partei jedoch hat dieses Ereignis der Pfundabwertung gierig aufgegriffen, um im Wahlkampf Kapital aus dieser Tatsache zu schlagen und Unruhe und Angst in die Bevölkerung hineinzutragen. Die Kommunistische Partei und ihre Presse war es, die auf die erste Nachricht von der Pfundabwertung hin sofort verkündet hat, jetzt werde der Schilling einen neuen Sturz erleiden, man müsse trachten, diesem Sturz zuvorzukommen usw. Dieser Partei und ihrer Presse fällt daher die Erzeugung der ersten Käuferpanik zur Last. Diese Käuferpanik, der Ansturm der Konsumenten auf die Geschäfte hat dann bedauerlicherweise auch zu teilweisem Zurückhalten von Waren geführt. Wir mißbilligen jede Art von Warenhortung und jede Art von Preisexzessen. Wir müssen aber auch eine gewisse zögernde Haltung mancher Kaufleute irgendwie menschlich begreiflich finden. Wenn der Kaufmann sieht, daß sein Geschäft innerhalb von drei Tagen durch einen Kaufansturm vollkommen entleert und ausgeräumt wird und er vor leeren Stellagen steht, dann macht er sich begreiflicherweise Sorgen, ob ihm die Wiederbeschaffung seines Warenlagers zu einem ähnlichen oder angemessenen Preis noch möglich sein wird. Preisexzesse werden auf das schärfste mißbilligt und

gerade die steirische Preisbehörde kann vor jedem objektiven Beurteiler für sich das Recht in Anspruch nehmen, daß sie das Gesetz beachtet und jeden wirklichen Übeltäter der entsprechenden Bestrafung zugeführt hat, eine Tatsache, die auch von meinen politischen Gegnern wiederholt anerkannt werden mußte. Die im Zuge dieser ganzen Entwicklung eingetretene Preissteigerung auf einigen Gebieten hat das Begehren nach einer Überbrückungshilfe bei den Arbeitern und Angestellten ausgelöst. Die grundsätzliche Berechtigung zu einer derartigen Überbrückungshilfe wurde von uns anerkannt. Die gewerbliche Wirtschaft hat grundsätzlich anerkannt, daß die Lage der Arbeiter und Angestellten eine Aussprache über eine Überbrückungshilfe und die Gewährung einer solchen Hilfe fordert und wir haben darnach gehandelt, weil in allen möglichen Branchen und in allen möglichen Orten Verhandlungen nicht nur geplant, sondern auch zu einem positiven Abschluß gebracht worden sind. Nur über die Höhe und den Zeitpunkt der verschiedenen Überbrückungshilfen in den hundert verschiedenen Sparten, die da zu behandeln sind, kann es natürlich hier und dort eine verschiedene Auffassung geben. Das Baugewerbe zum Beispiel, welches hier im besonderen zur Debatte steht, hat ebenfalls die grundsätzliche Berechtigung einer Überbrückungshilfe anerkannt, hat aber darauf hingewiesen, daß gerade jetzt in der toten Saison und im Hinblick auf die Bindung des Baugewerbes an eine Reihe unabänderlicher Bauverträge ein Weg gesucht werden müsse, wie diese Überbrückungshilfe in einer für den Baugewerbetreibenden erträglichen Art flüssig gemacht werden kann. Es ist unrecht, wenn behauptet wurde, daß die Bauinnung die Bauarbeiter monatelang hingehalten habe, wie dies vor einigen Tagen neuerlich wider besseres Wissen in der „Neuen Zeit“ geschah. Denn erstmalig wurde das Begehren nach einer Überbrückungshilfe von der Bauarbeitergewerkschaft mit 18. November erhoben. Es ist also bis zum heutigen Tage, an dem schon alles erledigt ist, noch nicht einmal ein einziger Monat verflossen, geschweige denn, daß die Innung — wie behauptet wurde — die Arbeiter monatelang hingehalten habe. Naturgemäß haben sich verdächtige und dunkle Elemente gefunden, die anlässlich dieser Ereignisse wieder ihre politischen Geschäfte machen wollten. Unsere steirische „Prawda“, hier vertreten durch den Repräsentanten der Einmannpartei (Heiterkeit), hat nicht gezögert, mit allen Mitteln der Demagogie und politischen Überredungskunst und bei Öffnung aller Jauchenhähne, die dieser Asphaltpresse überhaupt zur Verfügung standen, die Bevölkerung bis zur Siedehitze zu bringen. Man hat die Leute auf die Gasse getrieben und jetzt komme ich zur bedauerlichen Feststellung, daß die offizielle Leitung des Gewerkschaftsbundes nicht ganz von einer Mitschuld freizusprechen ist, denn die entscheidende Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Bauinnung war für Mittwoch 16 Uhr 30 im Gewerbehaus der Handelskammer anberaumt und zwar im Einvernehmen zwischen Innung und Gewerkschaftsbund. Obwohl also dem Gewerkschaftsbund und seinen Führern genau bekannt war, daß zu einer bestimmten Minute die entscheidenden Verhandlungen über die Über-

brückungshilfe beginnen sollten, haben die Gewerkschaftssekretäre und zwar Sackl und Hutter im vollen Bewußtsein dieser Tatsache trotzdem den Demonstrationszug der Bauarbeiter schon 1½ Stunden vor Beginn der Verhandlungen, nämlich um 15 Uhr, der Beginn war für 16 Uhr 30 anberaumt, zum Gewerbehaus der Handelskammer geführt. Was sollte das für einen Zweck haben, wenn die Gewerkschaftsfunktionäre ohnedies wissen, daß sie selbst in 1½ Stunden mit der Innung die ganzen Fragen behandeln und wahrscheinlich zu einem positiven Ende bringen werden? Was hat es für einen Sinn gehabt, 2000 Menschen vor das Verhandlungslokal zu führen? Das konnte nur den Sinn haben, den anderen Verhandlungspartner, nämlich die Baugewerbetreibenden durch dieses Massenaufgebot der Straße unter Druck zu stellen. Das sei aber mit aller Schärfe und Eindeutigkeit festgestellt: Wir lassen uns nicht unter den Druck der Straße stellen und in Hinkunft werden Verhandlungen unter dem Druck der Straße nicht mehr stattfinden, sondern nur dann, wenn die Straße von allen Elementen, die die Unruhe hervorzurufen geeignet sind, gesäubert ist. Die Mitschuld des Gewerkschaftsbundes ergibt sich aber leider noch aus einer weiteren, höchst bedauerlichen Tatsache, nämlich aus der Haltung der SPÖ-Presse. Nachdem am Mittwoch Nachmittag 100 Fensterscheiben der Handelskammer in Trümmer gegangen, 2 Kammerbeamte und mehrere Wachebeamte verletzt waren, erschien am nächsten Vormittag in der „Neuen Zeit“ Nr. 285, Seite 1, Spalte 3, eine Schilderung dieses Exzesses und dann wurde in einem weiteren Absatz unter der Überschrift: „Im Einvernehmen mit der Gewerkschaft“ folgende Enunziation des Herrn Gewerkschaftsvorsitzenden der Bau- und Holzarbeiter, Nationalrat Olah veröffentlicht. „Er erklärte heute im Gespräch mit dem Berichterstatter der Austria-Presseagentur, daß die Aktionen der Bauarbeiter, die gestern aus Klagenfurt und heute aus Graz gemeldet werden, — daß die gesamte Aktion, die gemeldet wurde — „sowie auch der heute in Wien eingetretene Tischlerstreik unter Führung der Gewerkschaft stehen. Nachrichten, daß bei diesen Aktionen eine politische Gruppe (nämlich die des Herrn Ditto Pölzl) sich besondere Verdienste erworben haben, seien daher fehl am Platz.“

Also, Herr Nationalrat Olah fühlte sich noch bemüßigt festzustellen, daß es keineswegs richtig ist, daß ihm die KP. den Rang abgelaufen habe, sondern daß es alleiniges Verdienst der SPÖ. ist, daß diese Aktionen stattgefunden haben. Ein Wettlauf zwischen beiden Linksparteien, dessen Zeche anscheinend wir bezahlen sollen, wozu wir aber nicht geneigt sind. Es heißt weiter in der Enunziation des Herrn Olah: „Wir haben unseren Landesorganisationen den Auftrag gegeben, alle unsere gewerkschaftlichen Machtmittel anzuwenden. Wir können die Arbeitgebergruppen, die bisher kein Verständnis gezeigt haben, vor einer Fortsetzung ihrer bisherigen Taktik nur warnen. Wenn man uns zwingt, zu gewerkschaftlichen Aktionen Zuflucht zu nehmen, wird diesen Unternehmern die Überbrückungshilfe noch mehr kosten.“ Also eine unverhüllte Drohung, wobei zur Klarstellung noch festgestellt werden muß, daß interessanterweise die gewerkschaftlichen Mittel über-

haupt erst in Anwendung kamen, nachdem die Demonstrationen stattgefunden hatten. Es ist doch üblich gewesen und war wieder zu erwarten, wenn ein Lohnkampf stattfindet und dann wirklich keine Einigung zustandekommt, daß am Schlusse die Herren Gewerkschaftsvertreter sagen: „Also, wenn Ihr absolut nicht nachgibt, bleibt uns nichts anderes übrig, als in die passive Resistenz oder in den Streik zu treten.“ Obwohl der Streik ein volkswirtschaftliches Unglück ist, anerkennen wir, großzügig, wie wir sind (Gelächter bei SPÖ.), daß er ein erlaubtes gewerkschaftliches Mittel ist. Aber diesmal sind schon die Fensterscheiben geflogen, bevor der Streik auch nur angedroht war, das ist interessant, das läßt auf Planmäßigkeit der stattgefundenen Aktion schließen. Interessant ist auch, daß zwischen der ersten und zweiten Auflage der „Neuen Zeit“ vom Donnerstag, Nr. 285, wesentliche textliche Diskrepanzen vorhanden sind, die ich Ihnen zu Gehör bringen möchte. In der Nacht ist dem Redakteur etwas aufgefallen und er hat Änderungen für die 2. Auflage vorgenommen. In der 1. Auflage, Seite 1, Spalte 3 der Nr. 285, heißt es, daß bei der Handelskammer fast sämtliche Scheiben in Trümmer gingen. In der 2. Auflage waren diese zertrümmerten Fensterscheiben auf sage und schreibe 6 Stück zusammengesmolzen. In der 1. Auflage schreibt die „Neue Zeit“ wörtlich — ich zitiere nur, was schwarz auf weiß vor mir steht — „Nach Arbeits- und Geschäftsschluß strömten auch andere dunkle Elemente zu den demonstrierenden Bauarbeitern, die Radau zu machen versuchten.“ In der Nacht fiel dem Redakteur auf, daß das eine unglückliche Wendung ist und er verbesserte diese Lesart: „Nach Arbeits- und Geschäftsschluß strömten hierauf dunkle Elemente zu den demonstrierenden Bauarbeitern.“ Ich erwähne das nur, weil daraus erhellt, daß sogar das Organ der sozialdemokratischen Partei sich bemüßigt fühlte, innerhalb einer Nacht Abschwächungen in seinem Berichte vorzunehmen.

Auch am Samstag, den 10. Dezember, an dem die schwersten Ausschreitungen stattgefunden haben, war es der Gewerkschaft und ihren Führern bekannt, daß die letzte und abschließende Verhandlung mit der Bauinnung bereits angesetzt war. Es war auch der Gewerkschaft bekannt, daß nach der Natur der Sache und Schwierigkeit der Materie ein endgültiges Ergebnis dieser Schlußverhandlung vor 5 bis 6 Uhr nachmittags nicht zu erwarten war. Obwohl das bekannt war, haben sich gerade an diesem Tage die schwersten Ausschreitungen ereignet. Der Herr Innenminister Helmer hat mich um 11 Uhr an diesem Samstag persönlich aus Wien angerufen und hat mich ersucht, mich in die Verhandlungen einzuschalten und kalmierend einzuwirken, den Bauunternehmern zuzureden, das Möglichste zu tun, damit eine Einigung zustandekommt und diese ganzen Unruhen aufhören. Ich habe dem Herrn Innenminister die Zusage gegeben, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann diesem Wunsche Rechnung zu tragen und persönlich bei den Verhandlungen in der gewünschten kalmierenden Art einzuwirken. Jedoch habe ich diese Zusicherung an das dringende Ersuchen an den Herrn Innenminister geknüpft, er möge durch rechtzeitigen und gehörigen Einsatz der Exekutive nunmehr endlich Leben, Ge-

sundheit und Eigentum unserer Staatsbürger gegen alle weiteren Angriffe sichern. Der Herr Innenminister hat um 11 Uhr vormittags diese Zusicherung am Telefon gegeben und erklärt, er werde alle notwendigen Vorkehrungen treffen, daß weitere Ausschreitungen nicht mehr passieren könnten. Drei Stunden später flogen die Scheiben des Operncafés, des Schuhhauses Herzl, des Caféhauses Braun in Trümmer. 3 Stunden nachher, in welchen genügend Zeit gewesen wäre, die besprochenen Vorkehrungen zu treffen.

Nun noch ein anderes Kapitel. Die steirische „Prawda“, die „Wahrheit“, das Organ unseres Landtagsabg. Ditto Pölzl, trägt seit mehr als einigen Tagen den Stempel der Unwahrheit im Gesicht. Man soll womöglich nicht pro domo sprechen, aber was Sie sich gestern geleistet haben in dieser Asphaltpresse, das ist tiefste Infamie und Gemeinheit. Sie behaupten — „Anklage gegen Dr. Illig“ ist die Überschrift — ich sei der böse Geist der Unternehmer, ich sei schuldtragend für die zerbrochenen Fensterscheiben, ich hätte die Leute zum Widerstand aufgestachelt. Das ist eine Lüge. Ich habe mich mit den Verhandlungen zwischen der Bauinnung und den Bauarbeitern bis Samstag 11 Uhr vormittags überhaupt nicht befaßt, weil es nicht meine Aufgabe ist, in gewerkschaftliche Kämpfe persönlich einzugreifen. Erst auf das Ersuchen des Herrn Innenministers, mich in der Richtung einer Mäßigung auf beiden Seiten einzuschalten, habe ich mich in die letzten Verhandlungen zwischen Bauinnung und Gewerkschaft begeben und dort durch meinen Antrag, die Überbrückungshilfe für das Lohngebiet II von S 120— auf S 140— zu erhöhen, die Basis für die dann binnen kurzem zustande gekommene Einigung gelegt, wofür mir vor 50 Personen der Herr Obmann des Gewerkschaftsbundes Landesrat Matzner den Dank ausgesprochen hat. (Bravorufe bei ÖVP.) Und Sie wagen es, den Mob der Gasse auf mich zu hetzen und mich als Schuldigen hinzustellen, wahrscheinlich weil Sie hoffen, daß sich einmal ein Unbesonnener finden wird, der mir einen Stein in die Wohnung oder in das Auto wirft. Ich habe es nicht vergessen, daß der Ofen meines Büros hier im Landhaus vor 1½ Jahren durch zwei Sprengkörper in Stücke gerissen wurde, ein Vorfall, dessen Aufklärung bis heute nicht erfolgt ist. Ich möchte Sie schon bitten, den politischen Kampf wenigstens in solchen Grenzen zu halten, daß nicht der Zorn irgend einer Bevölkerungsgruppe auf eine Persönlichkeit gelenkt wird, die alles das, was man ihr in die Schuhe schieben will, nicht nur nicht getan hat, sondern welche eine friedliche Einigung unter dem Beifall des Obmannes des Gewerkschaftsbundes verwirklicht hat. An die SPÖ. und an die Gewerkschaft richte ich den dringenden Appell: Lassen Sie sich doch nicht durch diese Einmannpartei treiben! Im Bewußtsein Ihrer Stärke, die Sie wirklich haben, haben Sie es nicht notwendig, einen Wettlauf mit den Sendboten Moskaus einzugehen, das ist unter Ihrer Würde. Was kann dieser Mann Ihnen machen, der Schrumpfkommunist, der da sitzt (Heiterkeit), der im Wahlkampf seinen einzigen Zwillingbruder eingebüßt hat! Ist der Mann imstande, Sie alle ins Bockshorn zu jagen? Legen Sie ein offenes, mutiges, männliches Bekenntnis zur

Demokratie und Freiheit ab, legen Sie ein offenes Bekenntnis gegen alle Exzesse ab, distanzieren Sie sich in unzweideutiger Weise von diesen Radaumachern, von diesen Feinden unseres Vaterlandes. Das erwarten wir von Ihnen und Sie werden es mit leichterem Herzen und größerem Mut tun können, wenn das geschieht, was ich heute in meiner dringlichen Anfrage gefordert habe: Vorkehrungen durch den obersten Chef der öffentlichen Sicherheit in Österreich, durch den Innenminister, daß Leben, Eigentum und Gesundheit unserer Mitbürger gegen jeden weiteren Angriff gesichert werden.

Hohes Haus! Einer der Väter der französischen Revolution, Jean Jaques Rousseau, hat eine Staatstheorie begründet, die Vertragstheorie. Diese besagt: Der Staat ist dadurch zustande gekommen, daß die Menschen mit einer Obrigkeit einen Vertrag abgeschlossen haben, einen Vertrag, wodurch sich der Mensch freiwillig seiner natürlichen Freiheit entäußerte, seiner Obrigkeit Gehorsam und Abgaben versprach und dafür den Schutz dieser Obrigkeit eintauschte. Es ist dies eine Theorie, die von den Staatstheoretikern nicht als vollkommen richtig anerkannt wird, die aber gewisse schwerwiegende Bestandteile, die richtig sind, enthält. So wird auch von manchen Staatstheoretikern die Steuerleistung als eine Art Entgelt für die Gegenleistung des Staates durch Gewährung von Schutz des Lebens und Eigentums der Staatsbürger aufgefaßt. Etwas Wahres ist daran. Der Staatsbürger, der pünktlich und getreu seine Abgaben bezahlt und die Gesetze beachtet und dem Staate den schuldigen Gehorsam bietet, hat einen moralischen und ethischen Anspruch, dafür vom Staat unter allen Umständen gegen Beschädigungen seines Lebens, seiner Gesundheit und seines Eigentums geschützt zu werden.

Der Herr Kommerzialrat Herzl, der Inhaber des Schuhhauses „Stiefelkönig“, hat z. B. an jedem ersten Freitag eines jeden Monats 100.000 S Steuer, also im Jahre rund 1,200.000 S an die Finanzbehörde in der Jakominigasse abzuliefern. Er darf wohl erwarten, daß für diese beträchtliche Steuerleistung wenigstens die eine Gegenleistung erbracht wird, daß ihm sein Geschäft nicht demoliert wird, denn sonst könnte gerade bei den pünktlichen Steuerzahlern die Meinung auftauchen und die Frage: Ja wofür bezahlen wir denn eigentlich unsere Abgaben, wenn uns der Staat die Gegenleistung schuldig bleibt? Vergessen wir nicht, daß wir durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auch dafür sorgen müssen, daß diese Moral des Gehorsams gegen den Staat und die Steuermoral aufrecht bleiben muß.

Und noch etwas anderes! Ich bin kein Freund des Militarismus und schon gar nicht ein Freund von bewaffneten Formationen neben der Exekutive des Staates. Mit Schrecken müssen wir an die Zeit zurückdenken, wo es auf der einen Seite einen „Republikanischen Schutzbund“, auf der anderen Seite eine „Heimwehr“ gegeben hat und die Staatsgewalt bemüßigt war, bei gleichzeitigen Aufmärschen dieser beiden bewaffneten Formationen einen Kordon in der Mitte mit Stacheldraht und Polizei zu ziehen, damit diese beiden Truppen nicht übereinander und außerdem noch über das Militär

und die Polizei herfallen. Wir alle wünschen uns nicht eine Wiederkehr dieser Zustände, die den Keim des Bürgerkrieges in sich tragen können. Aber wenn wir das nicht wünschen, wenn wir alle einträchtig zusammenarbeiten wollen, daß diese Zustände nicht wieder eintreten, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Staatsgewalt eben allein unter allen Umständen ausreichend ist, um Leben, Gesundheit und Eigentum der Staatsbürger zu schützen. Sonst könnte in den Köpfen der Geschädigten und besonders in den Köpfen der jüngeren Generation der Gedanke wach werden: Ja, wenn der Staat nicht imstande ist, uns hinreichend zu schützen, dann müssen wir uns selbst durch irgendeine Selbstschutzorganisation den fehlenden Schutz schaffen. Es ist im Interesse des Staates, im Interesse unseres teuren Vaterlandes, daß diese Entwicklung vermieden wird. Ich erinnere mich an einen Artikel der ehemaligen „Neuen Freien Presse“, der im Jahre 1934, kurz vor dem Untergang der Demokratie, erschienen ist. Der Artikel trug die Überschrift „Rettet die Demokratie“. Es war dies ein Ruf zur Besinnung, zur Einkehr, zu einem Bekenntnis zur wirklichen demokratischen Freiheit. Der Ruf blieb leider ungehört und dann kamen alle jene Ereignisse über uns, die letzten Endes im Hitler-Krieg ausgemündet haben. Alle Gutgesinnten sollen zusammenstehen, damit derartiges vermieden wird, damit eine Wiederholung dieser beklagenswerten Vorfälle unterbleibt. (Starker Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Landeshauptmann Josef Krainer: Hohes Haus! Nach Artikel 102 der Bundesverfassung fällt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in die Kompetenz der mittelbaren Bundesverwaltung und steht die Ausübung dem Landeshauptmann zu. Allerdings sagt der Artikel 102 Abs. 4, daß die Bundesregierung im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern auch eigene Sicherheitsbehörden errichten kann. 1933 wurde den Landeshauptleuten dieser Aufgabenkreis entzogen und Bundesbehörden, das heißt den Sicherheitsdirektionen in direkter Unterordnung unter das Innenministerium übertragen. Mit der Besetzung Österreichs durch das Reich wurde die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sache des Reichsstatthalters. Durch den zur Verfassungsbestimmung erklärten § 15 des Behördenüberleitungsgesetzes ist nun die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sache der Sicherheitsdirektion und damit dem Landeshauptmann auch verfassungsrechtlich entzogen. Der örtliche Wirkungskreis der Sicherheitsdirektoren ist im Bundesgesetzblatt Nr. 44 aus 1946 festgelegt.

Ich habe mich selbstverständlich aus Anlaß dieser Exzesse um die Ruhe und Ordnung bemüht, trotzdem es Sache des Herrn Sicherheitsdirektors ist und es wäre deshalb auch beinahe zu einem Kompetenzstreit gekommen. Besonders die Zustände der Straßenblockierung in Voitsberg haben unser Ansehen nicht nur nicht gehoben, sondern es wesentlich herabgesetzt. Ich habe mehrmals eingegriffen und ersucht, es möge doch die Räumung der Straße in irgendeiner Weise erreicht werden.

Lohnkämpfe liegen ja nicht im Wirkungsbereich der öffentlichen Verwaltung, sie sind Sache der

Gewerkschaften und Unternehmer. Ich habe mich aber über Ersuchen der Gewerkschaft vermittelnd in die Frage der Erreichung einer Überbrückungshilfe an die Bauarbeiter einmengen müssen. Ich habe am Donnerstag nach Vorsprache der Gewerkschaftsvertreter die Vertrauensleute der Innung zu mir gebeten und habe am Donnerstag abends bereits eine sichere Zusage bekommen, daß sich die maßgebenden Herren für den Abschluß einer entsprechenden Überbrückungshilfe verwenden würden. Sie erklärten mir aber, selbst nicht die Vollmacht dazu zu besitzen und unter allen Umständen mit den Vertrauenspersonen der Innung Besprechungen abführen zu müssen. Es könnten jedoch aus dem Grunde, weil Freitag Lohnauszahlung ist, diese Verhandlungen erst für Samstag zustandegebracht werden. Dieses vermittelnde Eingreifen hat aber nicht genügt, um die Demonstrationen an sich zu verhindern, obwohl die große Demonstration am Freitag in aller Ordnung vor sich gegangen war. Die Exzesse in Voitsberg und Graz sind selbstverständlich scharf zu verurteilen. Die Gewerkschaft hat ausreichende Mittel, ihre Forderungen durchzusetzen. Es kann niemals der Straße überlassen bleiben, einen Druck auszuüben und damit die allgemeine Ordnung zu stören.

Diese Exzesse sind aber auch ein Faustschlag gegen unsere junge Demokratie. Sie schaden dem Ansehen unseres Vaterlandes im Ausland. Auf Grund dieser Exzesse sind sämtliche Ausländer, die in den Grazer Hotels untergebracht waren, abgereist. Wir sind alle berufen, der Heimat zu dienen und es ist unsere Aufgabe, daß wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben. Der Antragsteller hat die Ursachen bereits aufgezeigt. Tatsache ist, daß durch die Presse während der Wahlzeit, besonders durch die Presse der Kommunistischen Partei, aber auch der Demokratischen Union und so nebenbei des VdU in die Bevölkerung Unruhe gebracht wurde, weil man als Folge der Abwertung des Pfundes eine Abwertung des Schilling voraussagte, und zwar nicht als Abwertung, sondern indem man die Bevölkerung glauben machen wollte, es handle sich um eine neuerliche Abschöpfung.

Das war die erste Ursache der Unruhe überhaupt, die Ursache, daß einzelne Geschäftsleute im Monat Oktober um 100 Prozent mehr Umsatz erzielten als dies sonst der Fall war. Es ist eine ausgesprochene Käuferpanik eingetreten, die dann auch später bei der Gewerkschaft die Forderung nach einer Überbrückungshilfe ausgelöst hat.

Ich bin überzeugt, daß diese Vorfälle und diese Exzesse sich nicht mehr wiederholen werden. Jedenfalls ist es unsere Aufgabe, alle zu mahnen, nicht nur die, die vorbedacht und bewußt immer wieder versuchen, Unruhe in unsere Bevölkerung zu tragen — es wird eine Mahnung dorthin wahrscheinlich wenig fruchten — sondern auch die große Masse zu mahnen, die auf solche Auslassungen und Enunziationen immer wieder hineinfällt und zum Opfer fällt.

Wir müssen aber auch mahnen die traditionslosen Geschäftsleute, die solche Anlässe dazu benützen, um überhöhte Preise zu verlangen. Wir wissen schon, daß dies nicht unsere soliden Ge-

schäftsleute sind, die auf ihren Namen Wert legen, sondern daß es jene sind, die irgendwo hinten in einem Zimmer sitzen, Rechnungen schreiben und die somit zum funktionslosen Handel zählen. Die Preisbehörde der Landesregierung hat aber in die Entwicklung der Preiserhöhungen eingegriffen und ich glaube auch sagen zu können, nicht ohne Erfolg. Es ist doch wieder eine gewisse Stabilität und Ordnung in unserem Preisgebäude eingetreten. Es bedarf wirklich der Anstrengung aller und vor allem derjenigen, die diese Demokratie geschaffen haben und die nun auch zu dieser Demokratie stehen, nach allen Seiten hin dafür zu sorgen, daß unsere Wirtschaft nicht immer wieder beunruhigt wird und daß die Bevölkerung und mit ihr die Arbeiterschaft nicht immer wieder Unruhen über sich ergehen lassen muß, die dann letzten Endes sich zu solchen Exzessen auswirken. Aber es muß auch mit allem Ernst gefordert werden, daß die Verantwortlichen und besonders jene, die die Presse in der Hand haben, nicht immer und immer wieder die Bevölkerung zu beunruhigen und sie aufzustacheln trachten.

Ich werde selbstverständlich den Wunsch des Antragstellers erfüllen, mich mit der Bundesregierung, mit dem Herrn Bundeskanzler und der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit ins Einvernehmen setzen und dahingehend intervenieren, daß für alle Zukunft solche Exzesse verhindert werden. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

**Präsident:** Ich eröffne über die dringliche Anfrage und deren Beantwortung durch den Herrn Landeshauptmann die Wechselrede. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. **M a t z n e r**.

**Landesrat Matzner:** Sehr geehrte Frauen und Herren! Die heutige Anfrage gibt uns Gelegenheit, zu dem Leidensweg der Arbeitnehmer in Österreich vom Jahre 1945 bis heute ein Wort zu sprechen, damit wir auch in der konkreten Situation uns richtig zurecht finden. Wo sind denn die Schuldigen zu den letzten von uns zweifellos sehr bedauerten Ausschreitungen zu finden? Ich darf daran erinnern, daß wir während des Krieges schon in eine große Teuerung hineingeschlittert sind und daß es den Arbeitnehmern im privaten wie auch im öffentlichen Dienst kaum möglich gewesen ist, ihren Lebensunterhalt zu fristen. Noch schlechter wurde das unmittelbar nach der Gründung der zweiten Republik dadurch, daß eben viele Hilfsquellen, die im Kriege noch für unser Land zur Verfügung gestanden sind, tatsächlich versiegt sind. Wir mußten vornehmlich mit dem auskommen, was im Lande war. Hilfe wurde zwar von den Alliierten gebracht, aber doch in zu geringem Ausmaß. Ich muß, um wirtschaftlich richtig zu berichten und um der Wahrheit die Ehre zu geben, sagen, daß es da wieder ein Teil des Unternehmertums gewesen ist, welcher geglaubt hat, mit Preiserhöhungen sein Geschäft machen zu können. Wir haben bei den Lohnverhandlungen im Oktober 1945 versucht, für die Arbeitnehmer im privaten wie auch im öffentlichen Dienst einen Ausgleich auf Grund der vorausgegangenen Teuerung zustande zu bringen. Es war uns dies zu einem gewissen Teil möglich. Wir versuchten immer wieder,

bundeseinheitlich die Löhne und Gehälter zu regeln. Es kam zu einem ersten, zu einem zweiten und schließlich im Mai d. J. zu einem dritten Lohn- und Preisabkommen. Und nach allen diesen Übereinkommen ist immer wieder die Arbeiterschaft von einem Teil der Unternehmerschaft betrogen worden. Immer wieder hat es dort Menschen gegeben, die trotz Einflußnahme von hochgestellten Persönlichkeiten, die ja auf Ihrer Seite standen, nicht wirtschaftliche Disziplin gehalten haben. Sie sind es — das sage ich nicht, um für die Gewerkschaft oder für die Sozialistische Partei etwa Kapital daraus schlagen zu wollen, sondern wirklich nur als nüchternen Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1945 —, sie sind es immer wieder, — mögen sie nun aus der Landwirtschaft oder in den Städten gewerbetreibende oder Industrielle sein — die uns in große Schwierigkeiten bringen, wodurch wir immer wieder neue Lohnforderungen stellen mußten. Grundsätzlich stehen wir Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß wir keine hohen Löhne wollen, sondern billige Preise. Wenn wir also den Frieden wahren könnten im Lande und die steigende Produktion sichern könnten dadurch, daß wir die Preise auf ihrem gegenwärtigen Stand halten könnten und dann nach einem Ausgleich, der notwendig ist, auch die Löhne halten könnten, so wäre das der Weg, den wir alle gemeinsam zu gehen hätten. Aber die Disziplinlosigkeit eines Teiles der Unternehmerschaft hat uns immer wieder in diese grobe Verlegenheit gebracht. Wir mußten immer Lohn erhöhungen fordern. Wenn es eben jetzt — wie Dr. Illig auch richtig angeführt hat — zu den Unruhen bezüglich der Dollarangleichung gekommen ist, so wäre dazu zu sagen, alle, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, haben bedauert, daß es solange gedauert hat, bis es endlich dazu gekommen ist.

Herr Dr. Illig, Sie haben als der Repräsentant der Unternehmer gesprochen, ich werde mir erlauben, als Repräsentant der Arbeitnehmerschaft zu sprechen. Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Dr. Illig, daß nur auf Grund der weit übertrieben dargestellten Geldentwertung der KP-Propaganda die Unternehmer mit den Preisen so in die Höhe gegangen sind. Ich kann nicht annehmen, daß der Einfluß auf Seiten der KPÖ so groß ist, daß deren Argumenten zur Gänze nachgegeben wird. Aber es ist leider so und das sage nicht nur ich allein, sondern auch im Namen hervorragender Funktionäre auch auf Seiten der ÖVP. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Es mußte auch die Stadtgemeinde Graz wesentliche Tarifierhöhungen bewilligen!“) Wir reden von der Ware und nicht von den Tarifen. Wir reden von der produzierenden Wirtschaft und nicht von dem, was in der öffentlichen Hand ist. Die Körperschaften sind auch erst dadurch in diese Schwierigkeiten gekommen, daß vorher infolge verschiedener Disziplinlosigkeiten Preiserhöhungen allgemein eingetreten sind und dadurch die Körperschaften gezwungen waren, auch ihre Arbeiter und Angestellten besser zu bezahlen. Man kann nicht, wenn man Anspruch auf Objektivität erhebt, sagen, daß die Körperschaften unnotwendig in die Höhe gegangen sind mit ihren Tarifen, zumal Sie ja selber bei allen diesen Dingen

auch als Präsident der Handelskammer mitgewirkt haben und ganz genau wissen, wie die Verhältnisse liegen. Ich sage das alles mit den Worten jener Spitzenfunktionäre von der ÖVP, weil wir diese in dem Kampf um die Erhaltung des Lebensstandards in Österreich als ehrenwerte Menschen kennengelernt haben. Es ist immer wieder die Profitgier eines verhältnismäßig kleinen Teiles der Produzenten, die uns in diese großen Schwierigkeiten gebracht haben. Daher wollen wir das, was bisher verschämt unterdrückt wurde bei den Ursachen zu den Unruhen, doch auch aufzeigen, um über alle Ursachen gemeinsam eine Übersicht zu bekommen. Daß dann natürlich diese Unruhe, die an sich begreiflich war, die durch Wochen anhielt, bis der Gewerkschaftsbund gesehen hat, wir stehen vor einer Katastrophe, von der KP mißbraucht wurde, das ist vom Standpunkte der KP aus selbstverständlich und wir verstehen auch, daß sich diese Leute keinesfalls solche Möglichkeiten, die ihnen von anderen gegeben werden, entgehen lassen. So kam es zur Vorständekonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien am 17. November. Es war nicht leicht, diese vielen Menschen, die da als Hauptverantwortliche von allen 16 Gewerkschaften gekommen waren, auf einen Nenner zu bringen. Ein Großteil hat exorbitante Forderungen aufgestellt. Sie sind Ihnen aus Zeitungsberichten bekannt, 600 S und 1000 S wurde als einmalige Überbrückungshilfe verlangt und ähnliches mehr. Wer aber die gesamte Verantwortung trägt für alle Arbeitnehmer, muß natürlich genau überlegen, was er wirklich erreichen kann, um nicht unnötige Hoffnungen zu erwecken, die sich letzten Endes nicht erfüllen können. Es mußte nach reiflicher Beratung — und das will ich zur Beruhigung der Herren auf der ÖVP-Seite sagen — auch nach gewisser Fühlungnahme mit Unternehmervertretern vom Gewerkschaftsbunde vorgeschlagen werden, einen Wochenlohn als Überbrückungsbeihilfe an die Arbeitnehmer zur Auszahlung zu bringen.

Nun, bitte, wollen wir uns in die Psyche der Menschen in den Betrieben hineinversetzen. Drei Lohn- und Preisübereinkommen, die vor allem auf dem Buckel der Gewerkschafter und viel weniger auf dem Buckel der Unternehmerschaft in schwerem Ringen für diese 1,2 Millionen Menschen, die davon betroffen sind, durchgesetzt wurden und die immer wieder zu Enttäuschungen geführt haben, so daß der größte Teil der Gewerkschafter auf dem Standpunkte steht, wir machen kein 4. Lohn- und Preisübereinkommen mehr, wir ertragen dies nicht mehr. Unter diesen psychologischen Voraussetzungen können Sie sich vorstellen, daß die Arbeiterschaft schon sehr überreizt gewesen ist und daß es dann sehr leicht gelingt, dem Terror, der in den kritischen Tagen von der KPÖ gesetzt worden ist, zum Teil nachzugeben. Aber Tatsache ist, daß am 25. November von der KPÖ hier in den metallverarbeitenden Betrieben am Grazer Boden die Demonstrationen gesetzt wurden. Wir haben verlässliche Berichte von allen Vertrauensleuten in diesen Betrieben bekommen. Ich darf ein Durchschnittsbeispiel wählen, um Ihnen, die Sie immer wieder glauben, daß die Gewerkschaften oder die Arbeiter unisono unnötigerweise auf die Straße gehen,

Forderungen stellen, Krawall machen, dies begreiflich zu machen; daß das Leid der Menschen in den Betrieben zu wenig berücksichtigt wird.

In einem Betrieb von vielleicht 1000 Leuten kommen zum Betriebsrat um 7 Uhr früh 50 bis 60 Stoßtruppler von der KPÖ, schreien dort die versammelten Betriebsräte an, verlangen sofort mit allen möglichen Drohungen, daß eine Betriebsversammlung einberufen wird und unter diesem Druck, bitte wollen Sie das menschlich verstehen, gibt da und dort der eine oder andere nach. Die Leute waren schon unruhig, sie brauchen eine Überbrückungshilfe, der Gewerkschaftsbund empfiehlt, dafür zu kämpfen, daß sie mindestens einen Wochenlohn bekommen, nun kommen andere und sagen, das ist alles viel zu wenig, was der Gewerkschaftsbund verlangt hat, diese Kapitalistenknechte, diese Marshallknechte und was sonst noch im Wortschatz der KPÖ aufzufinden ist. Einer stellt den Antrag, nicht ein Wochenlohn als Überbrückungshilfe sondern 600 S müssen ausgezahlt werden. Glauben Sie nicht auch, daß die Mehrzahl der Menschen in den Betrieben nicht auch dafür ist, daß 600 S verlangt werden? Wer ist in erster Linie schuld, daß es zu solchen Dingen kommt? Doch die Teuerung ist es, die das immer wieder auslöst. Darf ich Ihnen noch einmal in Erinnerung bringen die pure Profitgier, welche durchaus nicht im Interesse der Volkswirtschaft ist. So kommt es dazu, die Leute werden durch diese Stoßtruppler gezwungen, auf die Straße zu gehen, so war es am 25. November, als die Massen sich in Bewegung setzten und typisch, wie dies für diese Aktion gewesen ist, in erster Linie das Gewerkschaftshaus stürmten. Warum das Gewerkschaftshaus? Wir wissen, welche Richtlinien auch an anderen Orten von der kommunistischen Internationale ausgegeben worden sind, wir haben es lesen können. Zunächst geht in erster Linie der Kampf nicht gegen die Unternehmer, Kapitalisten und Geschäftsleute, sondern gegen die sogenannten Rechtssozialisten, es heißt, wie ich glaube, in diesem Kreise sagen zu dürfen, unser allverehrter Herr Bundespräsident R e n n e r, der muß zuerst bekämpft werden, dann müßte man zweitens schauen, daß man die Führung in den Gewerkschaften bekommt. Sehr klug von dortaus gesehen, denn die Volksdemokratien konnten nur so erobert werden, daß man die Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften erobert hat. Das letzte Beispiel ist die Tschechoslowakai. Wenn nun die Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaften und wir Sozialisten sagen, daß wir in diesen 5 Jahren die besten Stützen der Demokratie gewesen sind, so ist das keine parteipolitische Überheblichkeit, sondern jeder, der die wirklichen Verhältnisse, die Situation ehrlich prüft, sollte dies letzten Endes zugeben. Es bedarf keines Appells, Herr Dr. Illig, an uns, wir sollten uns dieser Einmannpartei erwehren, das haben wir in der Gewerkschaft schon getan und was noch zu tun übrig bleibt, wird geschehen. Wollen Sie auch auf Ihrer Seite dafür sorgen, daß soviel Wirtschaftsdisziplin herrscht, daß man nicht solchen Abenteurern immer wieder billige Anlässe zu derartigen Exzessen gibt, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben. Wir haben diesen Ansturm der KPÖ am 25., der am

28. November wiederholt werden sollte, abgewehrt, immer von der großen Überzeugung getragen, daß die Arbeitnehmerinteressen in Österreich am besten gewahrt sind, wenn wir erstens die Demokratie sichern und zweitens mit Hilfe der Demokratie das Recht des arbeitenden Menschen auch mitfordern und durchsetzen können und drittens in der Lage sind, als gleichwertige Menschen mit den Unternehmern gemeinsam die gesamte Wirtschaft zu großem Erfolg zu führen. Das ist das unmittelbare Interesse des Arbeitnehmers. Wenn wir eine stets steigende Produktion haben, wenn unsere Wirtschaft floriert, werden wir einen guten Kontakt im Auslande für unseren Export haben, wird sich der Wohlstand bei uns heben und niemals durch Streiks, Demonstrationen usw. Wobei bitte niemand daraus entnehmen darf, daß die Gewerkschafter darauf verzichten wollten, diese gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen. Passive Resistenz dort, wo ein hartnäckiger Gegner uns dazu zwingt, eine Demonstration dort, wo große Fragen für uns auf dem Spiele stehen. Niemals aber dürfen solche Aktionen einhergehen mit Ausschreitungen. Soweit ich vor 1934 solche Demonstrationen geführt habe, — Lederarbeiter, Straßenbahner usw. — sind sie immer in Ordnung abgelaufen. Aber jetzt nach diesem Kriege, der so bestialisch geführt wurde, wie wir in der Geschichte keinen kennen, wo unsere jungen Leute, losgebunden von allen Hemmnissen, zum Tier herabgesunken sind, wozu zu sagen ist, daß manches Tier noch mehr Zurückhaltung gezeigt hätte als dies bei den Menschen der Fall gewesen ist, jetzt diese jungen Leute dafür verantwortlich zu machen, daß sie aufgereizt durch die KP-Propaganda sich zu diesen Ausschreitungen hinreißen ließen, wäre ein billiges Urteil, aber kein gerechtes. Wir haben gesehen auf den Photographien und auch Augenzeugen haben uns davon berichtet, daß hauptsächlich sogenannte jugendliche Elemente vorgeherrscht haben. Vielen war es ja geradezu ein Spaß. Sie sind sich des Ernstes der Gesamtsituation gar nicht bewußt gewesen. Die Ursachen liegen bei den Preiserhöhungen und wir Gewerkschafter haben uns in Erkenntnis der Dinge bemüht, hier Abhilfe zu schaffen. Wir haben uns für unsere Heimat, für ihre Wirtschaft immer wieder darum bemüht.

Wie kam es nun zu diesen letzten Schwierigkeiten? Auch da muß ich die Ansicht, die hier im Hause vertreten worden ist, ein wenig auf ein breiteres Niveau bringen, um die gesamte Abschätzung der Situation zu erleichtern. Es wurde bestritten, daß bereits vor Wochen dieser Wunsch der Bauarbeiter geäußert wurde. Es ist aber trotzdem so, denn ich habe schon berichtet, daß am 17. November die Vorstandskonferenz in Wien gewesen ist. Schon Wochen vorher hat sich die Arbeiterschaft infolge der Preisexzesse in größter Unruhe befunden. Wir von der Gewerkschaft haben uns bemüht, immer wieder bundeseinheitlich zu einer Vereinbarung zu kommen, was aber nicht möglich war. Daher sind also die Bauarbeiter durch das Hinauszögern der Verhandlungen in größter Unruhe gewesen. Warum besonders bei den Bauarbeitern sich eine so kritische Stimmung entwickelt hat, kann auch aus folgendem abgeleitet werden. Es waren vor ungefähr drei Wochen Verhandlungen in Wels angesetzt für die

Bauarbeiter. Ich weiß nicht, aus welcher Angstpsychose heraus, aber jedenfalls doch irgendwie von der Unternehmenseite beeinflußt, sind die aus dem ganzen Bundesgebiet nach Wels per Bahn anreisenden Kollegen gleich am Bahnsteig von Kriminalbeamten empfangen worden, die gefragt haben, warum denn die Leute schon vormittag kommen, wenn doch erst nachmittag die Verhandlungen stattfinden. Was geht das die Kriminalbeamten an? Wer hat solche Weisungen gegeben? So etwas wirkt natürlich nicht beruhigend, wenn man den friedlich zu Verhandlungen strebenden Unterhändlern so entgegentritt. Und wie man dann nachmittag zu den Verhandlungen kam, mußten die Gewerkschafter feststellen, daß am Verhandlungstisch auch Kriminalbeamte anwesend waren. Nachdem dies festgestellt war, wurden sie aus dem Verhandlungsaal hinauskomplimentiert. Aber wozu solche Aufmachung? Nach den mir zugekommenen Berichten waren es vor allem die steirischen Unternehmer, die gesagt haben, sie wollen nicht bundeseinheitliche Verhandlungen, sie wollen, daß in jedem Land nach der jeweiligen Lage der Unternehmungen die Frage entschieden wird. Dadurch war es nicht möglich, bundeseinheitlich zu entscheiden. Statt daß nun der Gewerkschaftsbund diese Frage für alle 16 Gewerkschaften zentral mit der Bundeswirtschaftskammer geregelt hätte, wurde allen 16 Gewerkschaften freie Hand gelassen, diese Fragen in ihrem Wirkungsbereich zu lösen. Ich muß schon sagen, es hat auf der anderen Seite der Mut gefehlt, der in so kritischen Situationen notwendig gewesen wäre. Wenn in der „Wahrheit“ gestanden ist, daß ich mich um die Bauarbeiter nicht gekümmert habe, so ist das genau so erlogen, wie daß Sie da eine besondere Scharfmacherrolle gespielt hätten. Ich stelle fest, daß wir bei den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes dankenswerterweise stattgefunden haben, auch wirklich bei den Unternehmern das genügende Verständnis gefunden haben. Es ist auch für uns Gewerkschafter nicht leicht, Beschlüssen zuzustimmen, mit denen dann der Großteil der Mitgliedschaft nicht zufrieden ist. Jedenfalls steht fest, daß den Unternehmern niemals so viel Leid angetan werden kann bei einem Vertragsabschluß, der die Unternehmer nicht genügend befriedigt, als dies bei uns der Fall ist. Das steht fest. Daher also: Wenn wir uns durchringen, auch eventuell gegen einen Teil der Arbeiter, der die Gesamtsituation nicht richtig versteht, doch etwas zu unterschreiben, dann müssen wir denselben Mut auch auf der anderen Seite erwarten. Daher also ist es zu immer größerer Unruhe bei den Arbeitern gekommen, obwohl wir von der Gewerkschaft versucht haben, immer wieder beruhigend einzuwirken. Wir haben den Leuten, die am Samstag in der Arbeiterkammer versammelt waren, gesagt, daß für heute kein Ergebnis mehr zu erwarten ist. Aber sie sind nicht nach Hause gegangen. Daher also, bitte, wenn man Schuldige sucht, wollen Sie doch nach dieser Richtung die Erhebungen pflegen, damit Sie zu einem Gesamturteil kommen.

Nun möchte ich noch feststellen, daß ich im Verlaufe der Voitsberger Unruhen in Wien gewesen bin, um zentral zu versuchen, gewerkschaftlicherseits die Dinge in Ordnung zu bringen. Ich habe mit

dem Herrn Innenminister über diese Dinge gesprochen. Es bedarf nach meiner Überzeugung keines Appells an den Herrn Innenminister. Ich habe den Herrn Innenminister gesehen, wie er in diesen Stunden mitgelitten hat unter diesen Wirrnissen, die in der Steiermark sind. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: Damit wird der Herr Fleischhacker seine Toppel nicht mehr los!) Ich bin auch sehr gerne bereit, auf das einzugehen. Ich wollte zwar langsam zu einem Abschluß kommen. Sie gestatten mir das nicht. Ich muß daher auch noch auf dieses Argument eingehen. Ich wollte nur vorerst noch sagen, daß es meiner Meinung nach überflüssig ist, an den Herrn Innenminister oder an den Herrn Bundeskanzler einen solchen Appell zu richten, weil ich überzeugt bin, daß beide Funktionäre wirklich ihre Pflicht erfüllen.

Nun will ich noch auf den Fall „Fleischhacker“ eingehen. Wie mir berichtet wurde, hat der Herr Bezirksinnungsobmann Baumeister Fleischhacker in der letzten Zeit den Unmut bei der Arbeiterschaft dadurch erregt, daß er einen Betriebsrat — wie die Arbeiter glauben — ungerechtfertigt weggegeben hat. Er beging die zweite Ungeschicklichkeit, sich gerade bei diesem Tumult am Hauptplatz zu zeigen, wodurch es zu Krawallen gegen ihn kam. Während die Menschen gegen ihn vorschritten, fällt er, ohne daß ihn jemand angegriffen hat, in die Auslage hinein und hat sich verletzt. (Gelächter und Zwischenrufe.) So war es in Voitsberg. Was lachen Sie, wenn Sie nichts wissen! So war die Schilderung, die uns von Augenzeugen, die dort bei den Verhandlungen waren, gegeben wurden. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „Er hat ein ärztliches Attest, er hat 20 Wunden von Schlägen mit einem Knüppel.“) Ich stelle auch in Bezug auf die Berichterstattung Dr. Illigs im Zusammenhang mit der „Neuen Zeit“ und die Schuld, die sie angeblich an diesen Vorfällen mitzutragen hat, folgendes fest, auch im Zusammenhang mit den Anschuldigungen gegen meinen Kollegen im Gewerkschaftsbunde Ohla: Ich möchte da an die Verhandlungen erinnern, Herr Dr. Illig, die wir gemeinsam geführt haben, wo Sie Nationalrat Ohla wiederholt das zugerufen haben als ein von ihm angeblich begangenes Verbrechen und er Ihnen antwortete, daß er natürlich dazu stehe, daß er als Obmann der Bauarbeiter von Österreich die Weisungen gegeben habe, daß man sich in den Ländern durchzusetzen habe mit allen gesetzlichen Mitteln, die der Gewerkschaft zur Verfügung stehen. Er hat die Ermächtigung gegeben, passive Resistenz zu machen, Streiks und Demonstrationen durchzuführen. Daß es dabei zu diesen unliebsamen Nebenerscheinungen gekommen ist, bedauern wir alle einschließlich Ohla am lebhaftesten. Es ist nur dabei festzustellen, daß man ein solches Mittel, die Demonstration, erst dann anwenden darf, wenn man die Garantie in der Hand hat, durch geeignete Sicherungen, daß solche Demonstrationen friedlich verlaufen. Wir sind der Meinung, daß es in Österreich niemand gibt, der solche Ausschreitungen gutheißen würde, mit Ausnahme jener, die die Absicht haben, Österreich an das Ausland zu verkaufen. Wer wirklich Österreicher ist, kann solches nicht gutheißen und wir müssen alle bestrebt sein, alles zu tun, damit sich Derartiges nicht wieder-

holt. Wir müssen uns wirklich alle gemeinsam bemühen, dies zu erreichen und nicht eine Zusammenarbeit dadurch schon wieder verhindern, daß man einseitig die Dinge darstellt, Anklagen, Prozesse androht, die zwar nie geführt werden könnten. Das ist nicht der Geist der wirklichen Zusammenarbeit, der sich durch solche Auslassungen bemerkbar macht. Erstrebenswert ist, daß jeder seinen Teil an der Schuld selbst erkennt und sich bemüht, diese Schuld dadurch bald aufzuheben, daß man ehrliche Verhältnisse in der gesamten Wirtschaft herstellt. Wenn Ihnen das mit uns gelingt, würden wir dabei die größte Freude erleben. (Händeklatschen, Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Pözl. Hohes Haus! Ich werde mich als einfacher Mensch und Arbeiter nicht auf das Niveau begeben, das Herr Landesrat Dr. Illig in seinen unsachlichen, demagogischen und absolut ungerechten Anwürfen gegen meine Partei und meine Zeitung als zweckmäßig erachten zu können glaubte. Ich möchte nur rein sachlich auf die Fragen eingehen, die jetzt zur Verhandlung stehen, auf die Frage, ob man es der Arbeiterschaft verwehren kann, für ihre gerechten Forderungen auf die Straße zu gehen. Der Herr Landesrat Dr. Illig hat vor einiger Zeit im „Steirerblatt“ einen Artikel geschrieben, aber Sie dürfen nicht glauben, daß ich jetzt in Konkurrenz zu Ihnen trete, weil Sie immer die „Wahrheit“ zitieren, ich tue es heute nur ausnahmsweise, er hat im „Steirerblatt“ einen Artikel geschrieben, in dem er sich gegen die Straße, wie er es nennt, verwahrt und sagt: Wir werden nicht dem Druck der Straße weichen. Er hat auch heute wieder in seiner Rede wiederholt betont, daß sein ganzes Wirken in diesem Konflikt zwischen Bauunternehmern und Bauarbeitern darauf ausgerichtet war, zu demonstrieren und dokumentieren, daß die Bauunternehmer nicht gewillt sind, sich durch Demonstrationen der Bauarbeiter unter Druck setzen zu lassen. Nun, Herr Landesrat, ich bin der Überzeugung, daß neben dem Recht zu streiken und neben dem Recht, in der Form der passiven Resistenz Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern zu vertreten, es auch ein demokratisches Recht der Arbeiterschaft ist, wenn es bei den Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern schon gar nicht weitergeht, auf die Straße zu gehen und für ihre Forderungen zu demonstrieren. (LR. Dr. Illig: „Das ist die Fahne des Aufruhrs, die Sie hier entrollen!“) Die Bauarbeiter haben von diesem ihrem demokratischen Recht erst Gebrauch gemacht, als die Unternehmer durch die Art und Weise, wie sie die Verhandlungen führten, gezeigt haben, daß sie die fortgeschrittene Jahreszeit dazu ausnützen wollten, um die gerechten Forderungen der Bauarbeiter überhaupt unter den Tisch fallen zu lassen oder soweit zu reduzieren, daß es für die Bauarbeiter faktisch unmöglich war, diese Zustände der Bauunternehmer zu akzeptieren.

Die Bauunternehmer haben in den letzten Jahren in unserer Wirtschaft geradezu eine Vorzugsstellung genossen. Jedermann weiß, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg kein Mensch, der etwas bauen ließ, den Bauunternehmer von vornherein fragen konnte, was kostet das? Die Bauunternehmer haben im allgemeinen jahrelang die Möglichkeit gehabt,

Bauten und Arbeiten durchzuführen, wobei sie einfach, ohne einen Voranschlag erstellt zu haben, die Rechnung bezahlt bekommen haben, die sie erstellt haben. Und, meine Herren, die Rechnungen der Bauunternehmer waren reichlich geschmalzen und es ist schon so, daß sie in diesen Jahren ganz gewaltige Gewinne erzielt haben. Es ist nicht so, daß ein großer Teil der Bauunternehmer nicht in der Lage gewesen wäre, wenigstens die bescheidene Überbrückungshilfe zu bezahlen, die alle anderen und ein Großteil der anderen Unternehmer sich zu zahlen bereit erklärt hatten. Ich gebe ohne weiteres zu, es mag den einen oder anderen gegeben haben, für den hier gewisse Schwierigkeiten bestanden haben. Ich behaupte aber, daß die übergroße Mehrheit der Bauunternehmer ohne weiteres in der Lage gewesen wäre, den einen Wochenlohn, den die Gewerkschaft, den die Vorstandskonferenz gefordert hat, mindestens genau so leicht zu bezahlen und unter denselben Bedingungen, wie die übrigen Unternehmungen. Wenn sie das nicht getan haben, dann nur deswegen, weil sie eben der Überzeugung waren, daß sie den hereinbrechenden Frost dazu benützen können, um die Bauarbeiter um ihre gerechtfertigten Ansprüche zu bringen. Vergessen Sie nicht, daß selbst der Herr Finanzminister Dr. M a r g a r e t h a, von dem man nicht sagen kann, daß er zu den Leuten gehört, die sich durch besondere Arbeiterfreundlichkeit auszeichnen — er ist ein mit allen Salben geschmierter Sekretär der österreichischen Großindustrie — sich bemüßigt gesehen hat, zu einem relativ frühen Zeitpunkt den öffentlichen Angestellten ein Viertel des Monatsgehältes zuzugestehen. Ich möchte damit nicht sagen, daß dieses Viertel des Monatsgehältes oder der eine Wochenlohn dazu ausreicht, um die in den letzten Monaten erfolgten Preissteigerungen zu kompensieren. Davon kann gar keine Rede sein. Aber es ist wohl klar, daß die Bauarbeiter hundertprozentig im Recht waren, wenn sie es nicht verstanden haben und nicht verstehen wollten, daß sie von der Überbrückungshilfe ganz oder zum Teil ausgeschlossen werden sollten.

Nun, meine Damen und Herren, zur Frage der Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit den Vorfällen, die sich bei den Demonstrationen ergeben haben! Herr Landesrat Dr. Illig verwahrt sich dagegen, daß er als ein Hauptverantwortlicher für diese Vorfälle bezeichnet wird. Ich verstehe das. Ich verstehe auch seine Wut gegen die einzige Arbeiterzeitung in der Steiermark. (Heiterkeit bei SPÖ.) Ich verstehe ausgezeichnet, daß der Herr Landesrat Dr. Illig zu den wüstesten Beschimpfungen greift, um gegen Tatsachen zu argumentieren, die sich eben nicht aus der Welt schaffen lassen und die eben bestehen. Hoher Landtag! Im Jahre 1945 hat der damalige Landeshauptmann M a c h o l d den Herrn Dr. Illig damit beauftragt, die Handelskammer neu zu organisieren. Ich glaube, wenn er noch einmal vor der Frage stünde, wen er damit beauftragen soll, ich glaube nicht, daß er diesen Auftrag wiederholen würde. (LR. Dr. Illig: „Zerbrechen Sie sich nicht den Kopf des Herrn Machold!“) Ja, es ist auch eine große Frage, ob, wenn er nicht schon dort sitzen würde, ihn selbst die Unternehmer wieder dorthin setzen würden.

Tatsache ist, daß der Herr Landesrat Dr. Illig sich in den wenigen Jahren des Bestandes der Zweiten Republik schon den traurigen Ruf erworben hat, daß er wenig oder gar kein Verständnis für die Interessen des werktätigen Volkes aufbringt. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „Daß Sie an Ihren Unwahrheiten nicht ersticken, ist ein medizinisches Phänomen!“) Ich stelle fest, daß ich imstande war, Sie ruhig anzuhören als Sie auf das wüsteste mich und meine Partei beschimpft haben. Ich stelle aber fest, daß Sie nicht imstande sind, mich oder jemand anderen ruhig anzuhören. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „Mein Temperament ist nicht in Moskau geschult.“) (Heiterkeit.) Herr Landesrat Dr. Illig lehnt die Verantwortung für die Vorfälle bei den Demonstrationen ab. Er hat sich sogar bemüßigt gesehen, eine Delegation von Handels- und Gewerbetreibenden zum Herrn Landeshauptmann zu führen (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „Schon wieder eine Unwahrheit! Das hat Bundesrat Lipp gemacht!“) nun, dann halt an einer Delegation teilzunehmen und dort als Sprecher der Gewerbetreibenden aufzutreten und auf das Schärfste gegen die Vorfälle zu protestieren. Ich glaube, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn die damalige Deputation gleich zu Herrn Landesrat Dr. Illig gegangen wäre und ihm gesagt hätte: „Herr Landesrat, Sie sind doch Kammeramtsdirektor, also der höchste Beamte der Bundeswirtschaftskammer in der Steiermark, Sie hätten doch soviel Voraussicht haben müssen, zu sehen, daß es nicht länger möglich ist, die Verhandlungen mit der Bauarbeitergewerkschaft hinzuschleppen, daß es nicht länger möglich ist, die Bauarbeiter zu provozieren, daß es nicht länger möglich ist, die Bauarbeiter auf der Straße stehen zu lassen und sie auf einen Verhandlungstermin warten zu lassen, während das Gros der Arbeiterschaft die Forderung nach einem Wochenlohn schon zugestanden bekommen hat.“ Wenn die Gewerbetreibenden, die leider durch ein falsches Funktionieren der Handelskammer zu Schaden gekommen sind, wenn diese Gewerbetreibenden diesen Schritt getan hätten, so wären sie 100%ig im Recht. Die Verhandlungen mit der Bauarbeitergewerkschaft haben ursprünglich in Wien stattgefunden. Es war gerade die steirische Bauinnung, die sich veranlaßt gesehen hat, eine bundeseinheitliche Regelung abzulehnen. Schauen Sie, mein lieber Freund W u r m (Landesrat Dr. Illig: „Lassen Sie sich das gefallen?“ — Heiterkeit), der der Obmann der Bauarbeitergewerkschaft ist, hat sicher nicht die Absicht gehabt, im Zuge der Verhandlungen mit der Bauinnung unter allen Umständen die Bauarbeiter auf die Straße zu führen und zu demonstrieren. Es wäre selbstverständlich der Führung der Bauarbeitergewerkschaft hundertprozentig lieber gewesen, wenn sie zu einer tragbaren Vereinbarung mit der Bauinnung zu einem tragbaren Termin gekommen wären.

Lieber Freund Stockbauer! (Zwischenruf Präsident S t o c k b a u e r: „Das verbiete ich mir, von Dir als lieber Freund angesprochen zu werden, denn einer, der nicht im Interesse der österreichischen Arbeiter, sondern im Interesse einer ausländischen Macht spricht, kann nicht mein Freund sein. Das lasse Dir gemerkt sein!“) Ich nehme das „Freund“

zurück, ich korrigiere mich und verzichte ohnedies ganz gerne, wenn ich zurückblicke auf alle die Wandlungen, die Du im Laufe der Jahre mitgemacht hast. (Abg. Stockbauer: „Bezahlt bin ich nicht von einer ausländischen Macht!“) (Verschiedene Zwischenrufe. Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Bei der Demonstration am Freitag war es jedem denkenden Menschen klar, man kann die Bauarbeiter nicht länger hinhalten. Nicht klar war es scheinbar der Führung der Bauinnung und nicht klar war es scheinbar den führenden Funktionären in der Handelskammer. Bedauerlich ist, daß es scheinbar auch dem Herrn Landeshauptmann nicht klar war, daß es nicht möglich ist, die Verhandlungen weiter hinauszuziehen, sondern, daß es endlich notwendig ist, zu einem Abschluß zwischen Baugewerkschaft und Bauinnung zu kommen. Eine Deputation der Gewerkschaftsfunktionäre hat anlässlich der Demonstration am Freitag beim Landeshauptmann vorgesprochen. Es wäre Zeit genügend gewesen, selbst noch am Freitag, ordentliche Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und zwischen Bauinnung durchzuführen. Ohne weiteres wäre das möglich gewesen. Aber es entspricht nicht der Taktik und dem Willen der Führung der Handelskammer und es entspricht nicht dem Willen der Bauinnung, denn sie hatten sich eines zurechtgelegt: Unter keinen Umständen dem Druck der Straße, wie sie es nennen, zu weichen. Deshalb ist es am Freitag nicht zu Verhandlungen gekommen und deshalb ist es auch am Samstag vormittag noch nicht zu Verhandlungen gekommen. Alles war darauf angelegt, die Bauarbeiter buchstäblich zu provozieren und zu zwingen, noch einmal auf die Straße zu gehen. Das ist der wahre Sachverhalt und an diesem Sachverhalt können auch die noch so überreich vortragenden Lügen und Darstellungen nichts ändern. Die Bauarbeiter waren im Recht, als sie auf die Straße gegangen sind. Ich bin weit davon entfernt, die Zwischenfälle, die sich bei diesen Demonstrationen am Samstag zugetragen haben, etwa gutzuheißen. (Zwischenrufe bei ÖVP.) Ich bin weit davon entfernt aber zu sagen, daß irgend jemand Grund hätte, auf Grund dieser Zwischenfälle nun nach der Polizei zu rufen. Andere Maßnahmen sind hier notwendig. Man muß den verantwortlichen Funktionären der Bauinnung, den verantwortlichen Funktionären der Unternehmerorganisationen klarmachen, daß man die Masse der Arbeiter nicht provozieren darf, klarmachen, daß über berechtigte Forderungen Verhandlungen durchgeführt werden müssen. Vergessen Sie nicht, daß die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten weit, weit hinter der gesteigerten Produktion zurückgeblieben ist, die Lebenshaltung des österreichischen Arbeiters und Angestellten erst bis zu 50% des Vorkriegsniveaus erreicht hat. (Abg. Hofmann: „Besser ist's als in Rußland!“) Jede Preissteigerung muß sich unter diesen Umständen außerordentlich hart, außerordentlich schwer für den Arbeiterhaushalt auswirken, und es ist nicht verwunderlich, wenn die Arbeiter und Angestellten auf dem Standpunkt stehen, daß sie neuerliche Preissteigerungen mit Rücksicht auf den Umstand, daß ihr Lebensstandard ohnehin nur 50% des friedensmäßigen Lebensstandards beträgt, unter keinen Umständen hin-

nehmen können. Es ist ihr Recht, auf Preissteigerungen mit Lohnforderungen zu antworten.

Ich komme zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Matzner. Er hat einen Stoßtrupp-komplex. (Landesrat Matzner: „Ihr habt mich schon genug gestoßen!“) Er hat in seiner Rede von der Deputation der Grazer Metallarbeiter gesprochen. Obwohl ich mich erinnern kann, daß die Betriebsräte mehrerer Grazer Großbetriebe einheitlich die Demonstration geführt haben, gestehe ich Herrn Landesrat Matzner ganz gerne zu, er war nicht dabei, er war auch dann nicht dabei, als die Metallarbeiter ihn gerufen haben. Vielleicht war es auch beser so. Denn ich glaube kaum, daß er dort eine glückliche Rolle gespielt hätte. Wenn die abziehenden Demonstranten sich zum Teil beim Gewerkschaftshaus eingefunden und nach der Demonstration das Verlangen gestellt haben, mit den Gewerkschaftsfunktionären zu sprechen, so finde ich daran an sich auch nichts Übles. Es war nur außerordentlich bedauerlich, daß die Demonstranten, die dort zum Gewerkschaftshaus hingekommen sind, im Gange des Gewerkschaftshauses Polizei gefunden haben, die das Gewerkschaftshaus hätte schützen sollen. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, das Gewerkschaftshaus durch Polizei zu schützen. Ich kann mir aber vorstellen, daß die Anwesenheit von Polizei im Gewerkschaftshaus auf die Gewerkschaftsmitglieder nicht gerade irgendwie erhebend gewirkt hat. Ich bin leider etwas zu spät zum Gewerkschaftshaus gekommen. Ich konnte feststellen, daß man, wenn man mit den Gewerkschaftsmitgliedern ein vernünftiges Wort spricht (Abg. Opershall: „Darum dreht es sich ja: Vernünftig!“), auch damit rechnen kann, daß sie vernünftig reagieren. Allerdings nicht, wenn man den Gewerkschaftsmitgliedern ihr Recht auf Mitbestimmung der Politik des Gewerkschaftsbundes streitig machen will. Ich bin Landesrat Matzner sehr dankbar für seine Bemerkung, die er gemacht hat im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Überbrückungshilfe von einem Wochenlohn. Er sagte dem Sinne nach: Ja, Herr Landesrat Illig, meine sehr verehrte Unternehmenseite, was ist denn da los mit der Überbrückungshilfe? Bevor noch in der Vorstandskonferenz des Gewerkschaftsbundes vom Präsidenten Böhm gesagt wurde, daß man eine Überbrückungshilfe von einem Wochenlohn fordern werde, hat ohnehin die Führung des Gewerkschaftsbundes mit den Unternehmern Fühlung genommen und sozusagen vorgefühlt, was die Unternehmer zu einer solchen Forderung sagen würden. (Abg. Wurm: „Stimmt! Es waren ja Vorsprachen bei der Landesregierung.“) (Abg. Maria Matzner zu Abg. Wurm: „Da kannst Du ja nicht argumentieren!“) Man kann sagen, daß der Gewerkschaftsbund, die Mehrheit des Gewerkschaftsbundes sich bei der Forderung nach einem Wochenlohn außerordentlicher Bescheidenheit beflissen hat, aber selbst diese Bescheidenheit, diese außerordentliche Bescheidenheit wurde — und das ist das Bezeichnende — von der Unternehmenseite absolut falsch verstanden insoferne, als einzelne Unternehmergruppen glaubten, sie könnten sich überhaupt über die Bezahlung einer Überbrückungshilfe hinwegsetzen. Wenn Herr Landesrat Illig

heute hier im Namen der Unternehmenseite gesprochen hat und gesagt hat: „Wir“ — und mit dem ganzen Gewicht der ÖVP sozusagen aufgetreten ist, so ist das sehr bezeichnend für eine Partei, die sich Volkspartei nennt (Landesrat Dr. Illig: „Böswillige Unterstellung!“), aber wenn es darauf ankommt, nichts anderes vertritt als nur die Interessen der besitzenden Klasse, und zwar nicht nur der besitzenden Klasse, sondern gerade jenes Teiles der besitzenden Klasse, der bereit ist, jede Forderung der Arbeiter und Angestellten, und sei sie noch so berechtigt, mit einem eisernen „Nein“ zu beantworten. (Landesrat Dr. Illig: „Bewußte Unwahrheit!“)

Wenn der Herr Staatssekretär Graf gesagt hat, es bestünde die Politik gewisser Schichten der Arbeiter und Angestellten nur darin, zu fordern, zu fordern und wieder zu fordern, dann möchte ich die Frage aufwerfen, hat nicht die Arbeiter- und Angestelltenschaft in den letzten vier Jahren hundertfach und tausendfach bewiesen, daß sie bereit und imstande ist, die größten Opfer für den Aufbau unseres Vaterlandes zu bringen und hat die österreichische Arbeiterschaft nicht ein Recht darauf, auf das schärfste dagegen zu protestieren, daß dann, wenn sie auf die Straße geht, sie von einem ÖVP-Landesrat als Mob bezeichnet wird. (Zwischenruf: Landesrat Dr. Illig: „Ebenfalls eine Unwahrheit! Ersticken Sie nicht daran! Ist kein Arzt da für alle Fälle?“) (Heiterkeit.) Hoher Landtag! Es ist sehr bezeichnend für die SPÖ- und die ÖVP-Angehörigen, daß keiner hier aufsteht und sagt, daß die Bauarbeiter im Recht waren, daß diese schließlich auch ein Recht darauf haben zu leben, ein Recht darauf, ebenfalls an der gesteigerten Güterproduktion teilzunehmen in der Form einer Steigerung der Löhne. Es fühlen sich beide Parteien bemüßigt, auf die Kommunistische Partei loszugehen. Warum? Einzig und allein deswegen, weil diese hinter den Forderungen der Arbeiter steht und auch in Zukunft stehen wird. Auch dann, wenn es dem Herrn Landesrat Illig und dem Herrn Landesrat Matzner nicht paßt.

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pölzl besonders einzugehen, halte ich für überflüssig. Ich würde überhaupt empfehlen, daß der Herr Abgeordnete Pölzl uns künftig seine Ausführungen schon vor der Sitzung zukommen läßt. Er bekommt ja ohnehin die Direktiven schon vorher — wir lesen sie dann in der Straßenbahn und ersparen uns dadurch hier im Haus viel Zeit — im übrigen sind die Ausführungen ganz im Sinne des vom kommunistischen Nationalrat Fischer gegebenen Signals „die Straße soll das politische Kampffeld werden und nicht die gesetzgebenden Körperschaften“ gehalten. Dorthin wollen sie, wir aber haben andere Interessen.

Zu den Dingen im allgemeinen, glaube ich, gibt es noch folgendes zu sagen. (Zu den Sozialisten gewendet.) Bei aller Anerkennung dessen, was Ihre Vertrauensleute an vernünftiger Arbeit in der Vergangenheit geleistet haben, scheinen Sie sich jetzt, durch eine bewußte Bagatellisierung dessen, was geschehen ist, selbst begaukeln zu wollen. Sie kommen mir vor wie jemand, der mit einer Streichholzschnitzel bei einem Faß Benzin herumzündelt, geht dann das

Faß in die Luft, dann behaupten Sie, die Schuld trifft den, der das Benzin erfunden hat. (Ruf: „Sehr richtig!“) Auf die Idee, daß man mit Streichhölzern nicht bei einem Benzinfuß herumhantieren darf, kommen Sie nicht.

Die Einberufung einer Versammlung für Samstag um 9 Uhr vormittags, in Kenntnis der Tatsache, daß die Verhandlungen erst am Nachmittag beginnen, kann doch niemals dazu dienen, daß sich die Gemüter der Versammelten von 9 Uhr Vormittag über Mittag hinweg bis Nachmittag etwa beruhigen; so etwas schafft doch ganz automatisch den Boden für eine hitzige Auseinandersetzung. Dazu kommt noch, daß sie einen Tag vorher erlebt haben, daß die Gewerkschaftsfunktionäre nicht mehr in der Lage waren, die Herrschaft über die Demonstranten zu behalten. Hinter der Haustür der Kammer in der Radetzkystraße haben die Gewerkschaftsfunktionäre mindestens ebenso gezittert, wie die durch Steinwürfe bedrohten Beamten und sie haben es nicht gewagt, durch die Vordertüre das Kammergebäude zu verlassen, sondern haben sich hinten hinausgeschlichen. Man müßte aus diesen Vorkommnissen doch die Erfahrung geschöpft haben, daß in solchen Fällen gewisse dunkle Elemente die Gelegenheit benützen — wie dies Herr Landesrat Matzner sehr richtig gesagt hat — um auf ihre Weise auf ihre Rechnung zu kommen.

Warum schaffen Sie diese Möglichkeit, wenn Sie schon sehen, wie sie ausgenützt wird und wenn Sie vor allem erkennen müssen, daß Sie selbst nicht Herr der Lage bleiben? Warum rufen Sie die Menschen schon am Morgen zusammen, wenn erst nachmittags die Verhandlungen stattfinden und wenn Sie wissen, daß diese Verhandlungen ganz sicher zu einem Erfolg führen werden?! Es ist Ihnen für diese Vorkommnisse ein hohes Maß von Verantwortung aufzubürden.

Sie haben mit dem Feuer so lange gespielt, bis es brannte. (Zwischenrufe der SPÖ: „Womit haben Sie gespielt?“) Mir fällt in diesem Zusammenhang das Goethewort vom Zauberlehrling ein: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Sie haben so lang herumgezündelt, bis Menschen in die Auslagescheiben geworfen wurden und Sie bagatellisieren nun die Dinge so, daß zu erwarten ist, Sie werden, wenn Sie noch einmal darüber reden, womöglich behaupten, der Baumeister in Voitsberg sei nicht in die Auslagescheibe geworfen worden, sondern selbst hineingesprungen. So weit kann man solche Vorkommnisse nicht bagatellisieren. Horchen Sie einmal in das Volk hinaus, man erkennt dort die Dinge, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, als ungeheure Gefahr und man verurteilt alle jene, die hier mitgeholfen haben, Gelegenheit hiezu zu schaffen.

Die Ausführungen des Herrn Landesrates Matzner zeigen, daß Sie folgenden Standpunkt einnehmen:

Die Arbeitnehmer in den Betrieben und die Betriebsräte sind Menschen mit menschlichen Schwächen. Auf der anderen Seite aber wollen Sie lauter Engel sehen. Es hat sicherlich Unternehmer gegeben, die Preisübertretungen begangen haben. Es gibt schließlich überall, in jedem Verein, in jeder Partei und in jedem Ort und in jeder Volksschichte anständige und unanständige Menschen. Sie sehen

immer nur die wenigen Unanständigen auf der anderen Seite und übersehen dabei, daß Sie solche vielleicht selber haben, daß diese Ihnen eines Tages das Heft aus der Hand nehmen werden. Auf der Straße ist diesen Kräften dies bereits gelungen. Sie haben nicht bewiesen, daß Sie selbst die Kraft haben, die Masse, die Sie auf die Straße führen, auch tatsächlich zu beherrschen. Wenn verlangt wird, daß die Staatsgewalt eingesetzt werde, damit solche Ausschreitungen in Hinkunft unterbleiben, dann müssen doch gerade Sie diesem Verlangen um so mehr zustimmen, als Sie selbst den Beweis erbracht haben, daß Sie die Kraft zur Verhinderung von Unruhen nicht besitzen.

Die Dinge liegen doch so, daß sich gerade das steirische Bauhandwerk in großer Bedrängnis befindet.

Vergessen Sie nicht, daß gerade in Steiermark große Beträge von der öffentlichen Hand noch nicht an die Bauunternehmer ausgezahlt wurden und daß vor allem auch in den Kriegsgebieten unseres Landes bei den Bauunternehmungen aus dem Wiederaufbau noch große Forderungen offen sind. Wir haben in Steiermark eine große Zahl von Bauunternehmungen, die nicht mehr kreditwürdig sind, die also von keiner Bank einen Kredit bekommen. Es ist doch selbstverständlich, daß diesen besonderen Gegebenheiten in unserem Lande Rechnung zu tragen ist.

Man kann um die Dinge nicht herumreden und man darf sie nicht bagatellisieren und verdrehen mit Bemerkungen wie in der „Neuen Zeit“, in der es hieß, es sei um 9 Uhr noch nichts zu hören gewesen, um 11 Uhr hätte man auch noch nichts bemerkt und es sei schließlich beim Gewerkschaftshaus mitgeteilt worden, die Unternehmer seien noch nicht bereit, zu unterhandeln. Dies, obwohl Sie wußten, daß für Nachmittag bereits eine gemeinsame Beratung angesetzt war.

In Ihrer Zeitung schrieben Sie auch, daß ein gemäßigter Demonstrant vor dem „Steirerhof“ einen einschreitenden Polizeibeamten mit den Worten zur Rede gestellt habe: „Wir demonstrieren für Preisenkung und Sie gehen gegen uns vor!“

Ich frage Sie, was tat dieser Gemäßigte vor dem „Steirerhof“, wo nur mehr die Fensterscheiben zerschlagen wurden? Warum hat dieser Gemäßigte und sein gemäßigter Anhang nicht bereits beim Stiefelkönig dafür gesorgt, daß die Ausschreitungen unterbleiben?

Warum ist er überhaupt dem Signal „Auf zum Stiefelkönig!“ gefolgt? Warum haben solche Gemäßigte und Vernünftige nicht dafür gesorgt, daß die Kinder von der Schule nach Hause gehen können? Daß die Arbeiter nach getaner Arbeit in ihr Heim gelangen können und daß überhaupt vermieden bleibt, daß fremdes Eigentum zerschlagen wird? Ich sage Ihnen, die wirklich Vernünftigen sind ohnehin nach Hause gegangen. Denen brauchte man aus Anlaß dieser Ausschreitungen nicht das Wort zu reden. Sie bemänteln mit Ihrer Stellungnahme aber etwas, von dem Sie wissen, daß Sie nicht schuldlos daran sind. Sie verraten mit dieser Polemik Ihr schlechtes Gewissen und die deutliche Absicht, zu bagatellisieren und zu verdrehen. Sie können aber mit all' dem nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie

an diesen ganzen Vorkommnissen ein großes Maß von Verantwortung trifft.

Wenn Sie sagen: Wir bedauern, daß diese Dinge geschehen sind, so glauben wir Ihnen das, denn wenn einer beim Benzinfuß sitzt, das durch seine Zündefei in die Luft geflogen ist, bedauert er auch, daß er nun ein rußiges Gesicht hat. (Abg. Opereschall: „Soll er den Benzin verkaufen und nicht horten!“) (Verschiedene Zwischenrufe. Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Über die Preisentwicklung und im Zusammenhang damit über die Warenhortung ist so viel dummes Zeug geschrieben und geredet worden, wie selten über etwas.

Wenn Sie sich wirklich mit dem Wirtschaftsleben beschäftigen, werden Sie von der Entwicklung der letzten Zeit ein ganz anderes Bild bekommen. Es ist doch ganz klar, daß ein Kaufmann wenig Freude hat, sein Geschäft auszuverkaufen, wenn er bei einem Käufersturm Gefahr läuft, zwei Drittel seiner Substanz zu verlieren, weil er mit dem Erlös nur mehr ein Drittel der Waren, die er verkauft hat, wieder einkaufen kann.

Gerade durch die Presse ist aber eine ausgesprochene Kaufpsychose geschaffen worden. Das werden Sie doch heute nicht leugnen wollen. Natürlich muß die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet sein. Aber sie kann nicht so erfolgen, daß man dabei die Wirtschaft zerschlägt. Mit Radau und Gewalt lassen sich diese Dinge nicht bewerkstelligen und auch für Sie wird es besser sein, wenn Sie die Zündefeien in Zukunft unterlassen. Sie sind uns als Koalitionspartner auch soweit verpflichtet (Rufe: „Hört, hört!“ bei V. d. U.), daß Sie es ehrlich mit der Zusammenarbeit meinen und nicht selbst Voraussetzungen für Vorkommnisse schaffen, die Sie nachträglich bedauern müssen. (Beifall, Händeklatschen bei OVP.)

**Präsident:** Ich mache darauf aufmerksam, daß nach § 58 5. Absatz der Geschäftsordnung die Redezeit in der Wechselrede auf 20 Minuten beschränkt ist. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kandutsch das Wort.

**Abg. Kandutsch:** Hohes Haus! Das Jahr 1949 ist ein Jahr der Provisorien. Die Symptome, welche jetzt für das kommende Jahr auftauchen, beweisen, daß dieses Charakteristikum für das öffentliche Leben bei uns weitergehen soll. Ausgehend von den Exzessen bei den Demonstrationen am vergangenen Samstag wurde sehr viel von den Ursachen und der Schuldfrage gesprochen und in vielen Fällen Ursache und Wirkung verwechselt. Typisch für die Denkungsart der österreichischen Parteien war auch hier der Versuch, alle Schuld der entstandenen Preisexzesse auf den Gegner abzuwälzen, anstatt auch zu überprüfen, welche eigenen Fehler gemacht worden sind. Die entscheidenden Ursachen dieser Gesamtsituation ergeben sich daraus, daß die wesentlichsten wirtschaftlichen Probleme Österreichs bisher nicht angepackt wurden, nämlich die, durch einen Abbau des hypertrophierten Verwaltungsapparates und Überleitung der dadurch freierwerdenden Staatsangestellten in die produktive Wirtschaft zugunsten einer Produktionssteigerung, die im Hinblick auf das Ende der Marshall-Hilfe im Jahre 1952 eine vitale Notwendigkeit darstellt, Ich

erinnere in diesem Zusammenhang an den Lauda-Plan, der von allen Parteiblättern als der Weisheit letzter Schluß propagiert wurde und nur daran gescheitert ist, daß keine der Parteien bereit war, Beamte aus ihren eigenen Reihen an die Wirtschaft abzugeben. Nun hat es ein Lohn- und Preisabkommen gegeben und dann noch ein zweites und drittes und schließlich wurde im Zusammenhang mit der Abwertung fast sämtlicher europäischer Währungen auch eine Schilling-Abwertung notwendig. Hier möchte ich nun meinem Herrn Vorredner, dem Landesrat Dr. Illig, ganz entschieden widersprechen und behaupten, daß er den Kommunisten zu viel der Ehre antut, wenn er meint, daß ihre Presse maßgeblich durch provokatorische Darstellungen an der Beunruhigung der Bevölkerung schuld sei. Ich bin überzeugt, daß das Volk grundsätzlich das Gegenteil von dem glaubt, was die KP. schreibt. Da steckt etwas ganz anderes dahinter. Jeder Vernünftige mußte sich sagen, daß England nur unter der Voraussetzung seiner Pfundabwertung zustimmte, daß auch die übrigen europäischen Währungen ihren Kurs senken würden — und damit auch der Schilling, sollten wir nicht in schwerste Absatzschwierigkeiten kommen, eine Angleichung erfahren müßte. Wenn nun eine Regierungserklärung hier abgegeben wird und die Parteivorstände aus wahltaktischen Gründen mehrmals behaupteten, der Schilling werde auf jeden Fall gehalten, so waren diese Erklärungen die primäre Ursache zu den Gerüchten, welche ihrerseits wieder zu den Warenhortungen und Preissteigerungen führten; man darf dabei nicht außer acht lassen, daß unsere Bevölkerung durch die mehrmaligen Währungsmanipulationen ohnehin schon äußerst mißtrauisch ist und gerade dieses Mißtrauen ist ja ein Grundübel, warum unsere Wirtschaft nicht vorwärts kommt.

Als weitere Folge kam dann der Run auf die Geschäfte durch die falsche Politik der Regierung und der Regierungsparteien. In anderen Ländern wird eine solche Aktion über Nacht gemacht, bei uns wird monatelang darüber debattiert, Dutzende Dementis abgegeben und so sind wir in die heutige Situation hineingeschlittert, die zum Ansteigen der Preise führen mußte. Wenn nun hier darüber gesprochen wurde, daß das Anziehen der Preise durch die überhöhte Nachfrage menschlich verständlich sei — und es wurde heute sehr oft von diesem menschlichen Verständnis gesprochen, wenn es darum ging, die Schuldfrage in den eigenen Reihen zu bemängeln — so gibt es Grenzen für dieses menschliche Verständnis. Der Herr Landeshauptmann selbst hat von den traditionslosen Elementen der Kaufmannschaft gesprochen, die diese Situation in unverantwortlicher Weise ausgenützt haben. Nun bin ich der Meinung, daß es nicht genügt darüber zu schimpfen und zu mahnen, sondern, da wir die gesetzlichen Handhaben besitzen, müßten endlich einige exemplarische Bestrafungen vorgenommen werden. Fünf solcher Fälle in der Steiermark hätten genügt, um den Anreiz zu ungesetzlichen Preiserhöhungen ein für allemal zu zerstören. In Österreich aber ist es so, daß die Leute wissen, die Gesetze seien nur dazu da, um halb oder gar nicht angewendet zu werden. Wenn Herr Dr. Illig in seinen Ausführun-

gen versucht hat, die Schuld an den Samstagvorgängen allein seinen politischen Gegnern anzulasten und im Verlaufe der Darstellungen behauptete, die Preisüberwachung habe im Lande Steiermark tadellos funktioniert, so gut, daß selbst seine Gegner dies anerkennen müßten, dann behaupte ich, daß er mit dieser Auffassung ziemlich allein da steht. Wir haben in der Presse wohl immer wieder von schweren Preisvergehen gelesen, aber auf die entsprechend schweren Bestrafungen umsonst gewartet. (Dr. Illig: Das ist unrichtig. Die Strafliste wird jeden Monat veröffentlicht!)

Ich möchte auf die Überbrückungshilfe zu sprechen kommen. Diese ist unbedingt notwendig und niemand kann hier den Arbeitern die Berechtigung absprechen, diese gefordert zu haben. Trotzdem im Mai 1949 endgültig erklärt wurde, es werde keine weiteren Preissteigerungen mehr geben, haben doch die Preise kontinuierlich angezogen und daher die, wie schon ausgeführt, berechnete Forderung nach Angleichung der immer größer werdenden Diskrepanz von Löhnen und Preisen in einer einmaligen Zuwendung. Leider hat nun der Gewerkschaftsbund bei den Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden insofern große Fehler gemacht, als er die einzelnen Sektionen getrennt verhandeln ließ; außerdem hätte nur eine generelle Lösung für alle Arbeitnehmer des gesamten Bundesgebietes zustandekommen dürfen. Durch die Festsetzung eines Wochenlohnes haben wir den Zustand, daß der bisherige Spitzenverdiener, wie z. B. in der Metall- und Eisenindustrie der Obersteiermark 4—500 Schilling an Überbrückungshilfe erhielt, während die sozial schlechter Situierten, für die die Preise im selben Ausmaß und um so empfindlicher angestiegen sind, auch hier wieder weniger erhielten. Als Folge davon erleben wir die Unzufriedenheit nicht nur von Fabrik zu Fabrik, sondern sogar innerhalb der einzelnen Belegschaften selbst. Wenn nun Herr Landesrat Dr. Illig zum Schlusse seiner Ausführungen die dringende Forderung nach wenigstens einem Mindestmaß an Staatsmoral und Gehorsam der einzelnen Staatsbürger aufstellte, so halte ich es für abwegig, in diesem Zusammenhang in erster Linie von einem verstärkten Einsatz der Exekutive zu sprechen, damit die Ruhe und Ordnung garantiert sei. Dieser Weg ist nicht der primäre, sondern, wenn es zu dieser notwendigen Zusammenarbeit, Disziplin und Einsicht der Einzelnen kommen soll, dann nur unter der Voraussetzung, daß der Staat diesen Menschen eine Staatsmoral vorlebt. (Verschiedene Zwischenrufe). Dies wird aber nicht in der Weise erreicht, daß man aus parteiegoistischen Gründen Leute vor einer Wahl amnestiert, die gerade gegen das Bedarfsdeckungsstrafgesetz verstoßen haben, oder daß man durch eine Aufbauanleihe Steuerhinterziehern die Möglichkeit gibt, für den hinterzogenen Betrag Anleihe zu zeichnen, so daß praktisch, da die Anleihe ja verzinst wird, diese Leute in Form der Zinsen noch eine Belohnung erhalten. Das alles sind Dinge, die nicht dazu geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat zu stärken oder zu Hebung der Staatsmoral beizutragen. Wenn eine gute Politik gemacht wird, dann braucht die Exekutive nicht zu marschieren und es ist in den letzten Jahren wahrhaftig genug marschiert worden.

Dazu aber muß es kommen, daß die Interessen aller bei gegenseitigem Verständnis abgestimmt werden und daß jede Partei beginnen sollte, auch vor der eigenen Türe einmal aufzukehren.

Ich möchte noch an etwas anknüpfen, was der Herr Landesrat **M a t z n e r** ausgeführt hat. Nämlich, daß gerade die Kriegsgeneration mit ihrer Bestialisierung durch den vergangenen Krieg diese Demonstration zu den bedauerlichen Exzessen entarten ließ. Ich habe am Samstag diese ganze Aktion gesehen und die Elemente, welche vorneweg die verbitterte Arbeiterschaft zu ihren dunklen Geschäften mißbrauchten, war kominformgelenktes jugendliches Gelichter, das erst nach dem Krieg herangewachsen ist. Da waren keine Heimkehrer dabei; denn diese gehen nicht auf die Straße, um Geschäfte zu demolieren. Gerade die Heimkehrer sind es, die nach diesem furchtbarsten aller Kriege die Sehnsucht nach Versöhnung und Frieden mit heimgebracht haben. Abschließend sei noch einmal ausgesprochen: Eine Zusammenarbeit aller ist notwendig! Nur so, glaube ich, daß die gegenwärtigen Verhältnisse einer Besserung zugeführt werden können. (Beifall beim VdU.)

Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Abg. **Stöffler** veranlassen mich, doch einen kurzen Überblick über den Verlauf der Verhandlungen wegen Gewährung einer Überbrückungshilfe für die Bauarbeiter zu geben.

Am 17. November beschloß die Vorständekonferenz des ÖGB. in Wien, eine Überbrückungshilfe von den Unternehmern zu fordern. Am 18. November überreichte die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter in Wien die Forderung der Bundesinnung des Baugewerbes in Wien. Die Bundesinnung in Wien hatte sich bereit erklärt, falls die einzelnen Landesinnungen zustimmen, bundeseinheitlich vorzugehen. Die Landesinnungen der übrigen Bundesländer stimmten dem zu, nur die Landesinnung von Steiermark erklärte, daß sie keinen Vertreter zu den Verhandlungen entsenden werde. Sie wollte kein bundeseinheitliches, sondern ein eigenes Übereinkommen für das Land Steiermark abschließen.

Dem ÖGB. blieb daher nichts anderes übrig, als die Landesinnung zu ersuchen, mit ihm in Verhandlungen zu treten. Die Landesinnung verzögerte diese Verhandlungen. Die Gewerkschaft sah ohne weiteres ein, daß ein Großteil der Baumeister nicht in der Lage war, diese Überbrückungshilfe ohne weiteres mit einer einmaligen Zahlung in der Höhe eines Wochenlohnes zu gewähren. Der ÖGB. wußte aber auch, daß viele Baumeister imstande waren, die Überbrückungshilfe zur Auszahlung zu bringen, und zwar vor allem diejenigen, die einen kleinen Krankenstand hatten, denn jene Baumeister, bei denen dies zutrifft, haben wenig Krankenentgelt zu zahlen, obwohl dieses Entgelt bei den Offertstellungen einkalkuliert war. Der ÖGB. hat Unterlagen, die beweisen, daß diese Baumeister Überbrückungshilfen ohne Gefährdung des Betriebes auszahlen hätten können.

Die zuständige Gewerkschaft versuchte auch mit den einzelnen Unternehmungen in Verhandlungen zu treten, jedoch wurde dies von der Bauinnung unterbunden. Am 30. November gab die Bauinnung

ein Rundschreiben heraus mit dem Inhalte, daß kein Baumeister in Sonderverhandlungen treten dürfe. Es blieb daher nichts anderes übrig, als die Bundesinnung zu ersuchen, man möge doch endlich sich zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft bereit erklären.

Da die Verhandlungen nach wie vor verzögert wurden, kam es am Mittwoch zu einem Demonstrationsaufmarsch, wobei der sozialistische Betriebsrat Lerchbaumer, der diesen Aufmarsch verhindern wollte, von einem erst kürzlich eingebürgerten Jugoslawen niedergeschlagen wurde, worauf dieser dann die Führung der Demonstration übernahm.

Die Demonstration, die einem Betriebe angehörte, zog von Baustelle zu Baustelle und holte die Bauarbeiter von den Gerüsten. Es wurde dann vor dem Gewerkschaftshaus demonstriert und gefordert, daß die beiden Sekretäre, Sackl und Buder, die Führung der Demonstranten übernehmen mögen. Die beiden Funktionäre übernahmen die Führung in dem festen Glauben, ein Unheil zu verhüten.

Die Gewerkschaft bedauert, daß es an diesem Tage zu Unruhen vor der Handelskammer kam. Die Gewerkschaft sah die Gefährlichkeit der Erregung ein und ersuchte den Herrn Landeshauptmann, er möge sich einschalten, daß es endlich zu einem Vertragsabschluß komme.

Der Herr Landeshauptmann bemühte sich wirklich, eine Einigung zu erzielen.

Am Donnerstag Abend hatte die Gewerkschaft die Zusage, daß für das Stadtgebiet Graz den Bauarbeitern eine Überbrückungshilfe in der Höhe von 150 S in drei Raten ausbezahlt werde. Am Abend des gleichen Tages wurde das Ergebnis der Verhandlungen den Vertrauensmännern der einzelnen Betriebe bekanntgegeben. Die Vertrauensmänner lehnten das Übereinkommen ab und forderten eine Demonstration. Die Demonstration, die am Freitag durchgeführt wurde, sollte der Bauinnung zeigen, daß nicht nur die Gewerkschaftssekretäre die Forderung auf Auszahlung einer Überbrückungshilfe stellten, sondern daß die Bauarbeiter diese Forderung erheben. Die Demonstration ist in Graz ruhig und in vollster Disziplin verlaufen, nur in Voitsberg kam es bedauerlicherweise zu Ausschreitungen und Zwischenfällen. Die Zwischenfälle hätten jedoch unterbleiben können, wenn schon Mittag ein Alkoholverbot herausgegeben worden wäre. Dieses Alkoholverbot wurde leider erst am Abend angeordnet. Am Hauptplatze von Voitsberg waren ungefähr 200 Menschen versammelt und in den Gasthäusern beiderseits des Hauptplatzes wurde musiziert. Die Menschen wechselten von der Straße in das Gasthaus und wieder zurück.

Am Samstag hatte man die bindende Zusage gemacht, daß bis 8 oder 9 Uhr die Baumeister sich zu neuen Beratungen zusammenfinden werden. Um 10 Uhr begannen endlich die Verhandlungen. Dem ÖGB. jedoch wurde erst um  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags bekannt gemacht, daß um  $\frac{1}{2}$  4 Uhr Verhandlungen stattfinden werden. In der Zwischenzeit kam es bedauerlicherweise zu den bekannten Ausschreitungen, mit denen der ÖGB. keineswegs einverstanden war. Bei der tags zuvor stattgefundenen Versammlung wurde

durch den Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, Brauneis, ausdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaft weitere Demonstrationen nicht billige und jeder, der sich demonstrierend auf der Straße zeige, zur Verantwortung gezogen werde. Ein entlassener Angestellter der Landesregierung, der nach seiner Entlassung als Bauarbeiter arbeitete, riß jedoch die Führung an sich, ihm folgten jugendliche Arbeiter, die zum Teil gar nicht im Baugewerbe arbeiteten. Diese zogen lärmend durch die Straßen und schlugen die Fenster ein.

Meine Damen und Herren! Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat früh genug vor solchen Vorkommnissen gewarnt. Der Grund dieser bedauerlichen Vorkommnisse liegt wohl in den Preisexzessen, die sicherlich hätten vermieden werden können. Die gesamte Bevölkerung hatte darunter zu leiden, der Bauer sowie der Arbeiter. Es ist doch ganz unverständlich, daß man in Österreich zum Beispiel bei den Kartoffeln zweierlei Preise festgelegt hat und zwar für die Konsumkartoffeln 40 Groschen per kg, während sich der Preis für ein kg Industriekartoffeln auf 70 Groschen stellt. Der Bauer hat für die Kartoffeln zum großen Teile nur 40 Groschen erhalten. Die Händler kauften die Kartoffeln auf, lagerten sie in Magazinen und niemand konnte feststellen, welche Kartoffeln mit 40 Groschen und welche mit 70 Groschen eingekauft wurden. Diese Kartoffeln wurden zurückbehalten, bis der Preis auf S 1.50 angestiegen war, dann wurden sie von den Händlern ausgegeben. Weder der Bauer noch der Konsument hatten etwas davon, lediglich die Händler verdienten. (Abg. Pölzl: „Und die Preisbehörde hat geschlafen.“)

Ein weiteres Beispiel kann ich bei den Schuhen anführen. Die Preise hiefür wurden ebenfalls nach und nach hinaufnumeriert. Die Schuhe blieben in den Schaufenstern und jeweils wurde nur der Preiszettel neu angeschrieben. Dieser änderte sich bei demselben Paar Schuhe um 20, 30, 40, 50 Schillinge und noch mehr und immer handelte es sich um dasselbe Paar Schuhe.

Unsere Erhebungen haben ergeben, daß Hämmerle-Stoffe um 40 Schilling nach Wien geliefert wurden. Als Betriebsleute nach Wien kamen, konnten sie die gleichen Stoffe in einem Geschäft mit 80 und vier Geschäfte weiter mit 96 Schilling angeschrieben sehen. Dies muß mit Recht die Arbeiter und Angestellten erregen. Es geht nicht an, daß Menschen, die gar nichts zur Produktion beigetragen haben, willkürlich die Preise hinaufnumerieren und sich auf diese Weise auf Kosten der Arbeiter und Angestellten bereichern. Hier können wir Herrn Landesrat Dr. Illig nicht ganz von der Schuld freisprechen. Wir wissen, daß er schwere Kämpfe in den eigenen Reihen auszutragen hat und sich bemüht, die Wirtschaft zu lockern und freizugeben. Dies ist jedoch so lange unmöglich, als Mangel an Wirtschaftsgütern besteht und nicht genügend Waren vorhanden sind. Für den Markt ist entscheidend das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wird wenig angeboten, müssen die Preise steigen. Von einer freien Wirtschaft kann erst die Rede sein, wenn genügend Waren vorhanden sind. Wenn ich hier noch anführen darf, daß Nägel, die von allen Berufsständen benötigt werden und nach denen rege Nachfrage

herrscht, mit einem Zuschlage von 80 % teurer verkauft werden, so schließe ich hier nur mit einem neuen Beweis, wie gewaltig die Preisspannungen sind.

Darf ich Ihnen noch etwas über die Verhältnisse bei den Bauarbeitern sagen! Sehen wir uns einmal seinen Wochenlohn an. Er arbeitet in den Wintermonaten höchstens 40 Stunden in der Woche, denn durch den frühen Eintritt der Dunkelheit ist seine Arbeitszeit gekürzt, schon um 4 Uhr nachmittags beendet er mit Eintritt der Dunkelheit seine Arbeit. Er erhält für diese 40 Stunden einen Bruttoarbeitslohn von 120 Schilling, wovon ihm nach Abzug der sozialen Lasten und der Steuern noch ungefähr 100 bis 105 Schilling übrig bleiben. Wenn er in Graz arbeitet und auswärts wohnt, benötigt er bei mehr als bescheidenem Leben wöchentlich 50 Schilling, so daß für seine Familie nur mehr 50 Schilling übrig bleiben. Wie die Familie mit diesem mehr als kleinen Betrage leben soll, wird niemandem leicht begreiflich sein. Der Bauarbeiter hat im Freien zu arbeiten, verbraucht hierbei viel Kleider und Schuhe und trägt dies zusätzlich zu seiner Notlage bei. Außerdem ist er nie vollbeschäftigt, sondern vielmehr Saisonarbeiter, im Gegensatz zu den Arbeitern in den kontinuierlichen Betrieben, in der Industrie, wo der Arbeiter jahraus jahrein das gleiche Einkommen hat oder in der Metallindustrie, wo sich der Stundenlohn auf 4 bis 5 Schilling stellt, wogegen der Bauarbeiter nur 3 S erhält. Kommt es zu Regenschichten, so verdient er überhaupt nichts. Dennoch wird in den Bauabrechnungen die Professionistenstunde mit 9 Schilling und die Hilfsarbeiterstunde mit 7 Schilling berechnet. Wenn der Bauarbeiter dies tatsächlich erhielte, käme es sicher nicht zu einer Auseinandersetzung, denn dann wären alle Bauarbeiter zufrieden.

Wenn wir über diese Erschwernisse hinwegkommen sollen, möchten wir bitten, daß das Gewerbe mit uns gemeinsam an eine richtige Preiserstellung herangeht, damit die Spannung zwischen Lohn und Preis nicht so gewaltige Ausmaße annimmt. Nur unter dieser Voraussetzung wird es uns gelingen, unser Land, das wir wirklich alle lieben, wieder aufzubauen. (Bravorufe, Händeklatschen bei der SPÖ.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Einige Ausführungen des Herrn Abg. Kandutsch und ein Zwischenruf des Herrn Abg. Pölzl können nicht unwidersprochen bleiben.

Der Abg. Kandutsch richtet in der Tonart eines Moralpredigers an die SPÖ. und ÖVP. die Ermahnung, nicht immer alle Fehler auf die anderen abzuwälzen, sondern sich selbst teilweise als schuldig zu erkennen und im selben Atemzuge begeht er selbst den Fehler, den er uns anlastet, indem er erklärt, alle anderen Parteien mit Ausnahme des VdU. sind schuld an dem und jenem, was im Staate nicht stimmt. So geht es auch nicht.

Sodann, Hohes Haus, muß ich zu den Ausführungen und Zwischenrufen über die Tätigkeit der Preisüberwachung sagen: Es ist eine mißliche Sache, wenn ein Blinder eine Abhandlung über die Farbenlehre verfassen will. (Heiterkeit.) Es kann da nichts Gutes herauskommen. Auch die Ausführungen des Herrn Abg. Kandutsch über die Preisüberwachung

waren eine derartige Abhandlung. Er hat gezeigt, daß er von der Tätigkeit der Preisüberwachung und Preisbehörde nichts weiß und ich halte ihm zugute, daß seine Kritik zurückzuführen ist auf die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und nicht etwa auf die böse Absicht, uns eine Schuld anzulasten, die wir nicht tragen. Tatsache ist, daß die Preisbehörde in Steiermark eine außerordentlich schwierige, subtile, heikle und unpopuläre Aufgabe so ziemlich am besten in ganz Österreich gemeistert hat. Die direkte Preisüberwachung ist Sache der ersten Instanz, der Wirtschaftspolizei in Graz und Leoben und der Bezirkshauptmannschaften. Die Landespreisbehörde ist einerseits Berufungsbehörde, andererseits hat sie gewisse allgemeine Anweisungen zu geben. In beiden Fällen hat sie voll und ganz funktioniert. Ich verweise auf das Beispiel der Fleischmisere in den letzten Wochen und Monaten. Die steirische Preisbehörde war in ganz Österreich die erste, welche einen scharfen Erlaß herausgegeben hat, um die Vorgänge auf diesem Gebiet wieder zu normalisieren. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß beispielsweise der Landeshauptmann von Wien und der Landeshauptmann von Kärnten, die beide der SPÖ. angehören, erst weit später als die steirische Preisbehörde auf diesem Sektor der Preisüberwachung eingegriffen haben. Irgendein Vorwurf der Pflichtverletzung kann mit Recht nicht erhoben werden. Es ist völlig unrichtig, daß es sich nur um einige Fälle handelte. Die Preisbehörde erster Instanz, die zwei Wirtschaftspolizeien und 16 Bezirkshauptmannschaften haben in Tausenden von Fällen eingegriffen und die Berichte über das in jedem Monat Verfügte sind jeweils in der Tagespresse veröffentlicht worden mit ziffernmäßiger Anführung der verhängten Geld- und Arreststrafen.

Meines Erinnerns war der Jahresbetrag 1949, der letzters veröffentlicht wurde, nicht weniger als rund 1 Million Schilling, die von den Preisbehörden erster Instanz vorgeschrieben wurden. Schließlich, wenn von Preiserhöhungen gesprochen wird, darf nicht immer nur von jenen Preiserhöhungen des Privatunternehmens gesprochen werden. Es gibt auch Preiserhöhungen, die die öffentliche Hand vornimmt und die manchmal sehr empfindlich sind. Ich als Chef der Landespreisbehörde bin immer genötigt, z. B. über Anträge der Stadtgemeinde Graz auf Tarifierhöhungen zu entscheiden. Es ist, bitte, eine interessante Feststellung, an die ich meinerseits gar keine Kritik knüpfen will, nur als Feststellung bringe ich das vor, daß die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund in der Regel gegen Preiserhöhungen von Seiten der Stadtgemeinde Graz keine Einwendungen vorzubringen haben und widerspruchslos diesen Anträgen zustimmen. (Zwischenruf Abgeordneter Wurm: „Es lagen auch gute Unterlagen vor.“) Ob immer Unterlagen vorliegen, kann ich nicht beschwören, denn ich überprüfe ziffernmäßig diese Dinge ja nicht, weil ich mich in einem Wust von tausenden und zehntausenden Ziffern nicht persönlich einschalten kann. Ich muß mich da schon auf das objektive Urteil meines Beamtenstabes verlassen können, der sicher kein Interesse hat, dieser oder jener Gemeinde mit Sympathie oder Antipathie entgegen zu treten und dieser Beamtenstab hat mir schon wiederholt berichtet, daß die Anträge auf Preiserhö-

hung dieser oder jener Gemeinde — auch der Stadtgemeinde Graz — nicht immer in dem beantragten Umfange berechtigt waren. Trotzdem war ich dann genötigt, te il we i s e diesen Anträgen Folge zu geben, soweit sie von meinen Amtsstellen noch als gerechtfertigt anerkannt wurden. Darunter befanden sich Preiserhöhungen von über 200%, ja sogar 300%, wie z. B. bei der letzten Erhöhung des Wasserzinses in der Stadtgemeinde Graz, eine Maßnahme, die den Mietzins und damit ebenfalls alle Schichten der Bevölkerung — auch die Arbeiter und Angestellten — belastet. Die Preisbehörde überprüft diese und alle anderen von der privaten Unternehmenseite beantragten Preiserhöhungen auf das gewissenhafteste. Daß eine ganze Reihe von Artikeln überhaupt nicht mehr unter die Preisüberwachung fällt, dafür ist die Preisbehörde nicht mehr verantwortlich, das haben wir nicht zu überprüfen. Wir sind eine Verwaltungsbehörde, die nach dem vom Nationalrat beschlossenen Gesetz vorzugehen hat.

Das wollte ich zu den Ausführungen meiner Voredner, insbesondere zu den unwahren Zwischenrufen des Herrn Abg. Pölzl sagen, der gerufen hat, die Preisbehörde habe ja geschlafen. Die Preisbehörde hat nicht geschlafen, sondern sie hat überall eingegriffen, wo es notwendig war, u. zw. mit Erfolg eingegriffen. Entwicklungen, die gesamtösterreichisch sind oder die zum Teil sogar durch die europäische Import- und Exportlage begründet sind, die können Sie nicht allein der steirischen Preisbehörde in die Schuhe schieben. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich bin vom Wahlkreis 1 gewählt und bin nebenbei auch Bürgermeister der Stadt Graz. Ich glaube, daß es notwendig ist, weil ja der Hauptteil der Vorgänge, die hier den Anlaß der ganzen Debatte ergeben haben, sich in Graz abgespielt haben, daß ich auch vom Standpunkt der Stadt Graz etwas dazu sage. Ich sehe mich verpflichtet, über die Ursachen dieser bedauerlichen Vorgänge zu sprechen. Die Ursachen liegen doch sicher in der Erbitterung, die in breiten Kreisen der Öffentlichkeit herrscht über die Not des Lebens, die wirklich weite Schichten unseres Volkes ergriffen hat. Diese augenblicklichen Erscheinungen wurzeln — das hat ja der Herr Landesrat Matzner in seinen Ausführungen schon dargestellt — bereits in früheren Ursachen. Es ist nicht nur die Demagogie der Kommunistischen Partei und ihrer Zeitung im Zusammenhang mit der Pfundabwertung, durch welche die Leute zu Angstkäufen verführt wurden und so eine gewisse Käuferpanik hervorgerufen worden war, die wieder einerseits ein Hinauftreiben der Preise bewirkt hat und andererseits auch ein Zurückhalten der Waren durch sehr viele Händler. Das hat auch das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung dargestellt und selbst Herr Landesrat Dr. Illig hat — wie er sich ausgedrückt hat — ein teilweises Zurückhalten der Waren zugegeben. Es ist wahr, daß ein außerordentliches Hinaufschneiden der Preise nicht nur die Arbeiterschaft, sondern einen ganz großen Teil der Bevölkerung aller Schichten der Stadt Graz ebenso wie des ganzen Staatsgebietes in Aufregung versetzt hat. Wenn der Herr Abg. Dr. Illig zweimal, sowohl in seinen ersten wie in seinen zweiten Ausführungen, von den

Tarifen der Gemeinden und der Stadtgemeinde Graz gesprochen hat, so ist das eine unglückliche Ablenkung, denn er weiß ganz genau wie wir alle, daß die kommunalen Behörden, ob dies nun Graz oder eine andere ist, die Tarife ihrer Unternehmungen als selbstkostendeckende erstellen müssen. Es gehört zu den Grundsätzen jeder kommunalen Verwaltung, nur mit kostendeckenden Tarifen zu arbeiten, denn wenn sie das nicht täten, würde das heißen, daß die Fortführung des betreffenden Unternehmens nur auf Kosten der Steuerträger möglich ist. Daß das ein falscher Weg wäre, das wissen Sie so gut wie ich. (Zwischenruf Dr. Illig: „Es fließen auch gewaltige Gewinne in die Kassen der Gemeinde!“) Wenn wirklich ein Überschuß erzielt werden könnte, so ginge dieser in die Taschen des Finanzreferenten. (Landesrat Dr. Illig: „Statt sie den Konsumenten gutzubuchen!“) Aber leider ist es nicht der Fall. Denn wenn es der Fall wäre, dann würde es nichts anderes bedeuten, als daß andere notwendige Ausgaben, die vom Grazer Gemeinderat beschlossen werden, aus diesen Mitteln gedeckt werden. Es ist ganz falsch, das auch nur in einem Atemzug zu nennen mit den Gewinnen, die der einzelne Kaufmann durch die hohen Preise erzielt. Es ist ein verfehlter Versuch, abzulenken auf ein Gebiet, das damit gar nichts zu tun hat. Ich möchte feststellen, daß die Verzweiflung der Arbeiter zu der Forderung nach einer Überbrückungshilfe geführt hat, die übrigens als berechtigt anerkannt wurde. Sie ist ohnedies nur dürftig, so daß ich sagen muß, daß auch die wichtigsten Bedürfnisse noch nicht befriedigt werden können. Es ist klar, daß sich die Wut gegen jene Preisexzesse wendet, die eigentlich die unmittelbaren Ursachen zu diesen Vorkommnissen gewesen sind.

Dr. Illig hat erklärt, daß die von ihm geleitete Preisbehörde in allen diesen Fällen eingeschritten sei. Es seien so und so viele Hunderte von Schillingen an Strafen verhängt worden. Das mag sein. Ich muß nur zweierlei feststellen, nämlich, daß erstens einmal leider dort, wo die Behörden der ersten Instanz versuchten, mit solchen Strafen einzuschreiten, diese von der zweiten Instanz in einem nicht verständlichen Ausmaß herabgesetzt worden sind. Das ist in Graz immer und immer wieder geschehen, u. zw. ist das im Stadtrat klar gesagt worden von den Referenten dieser wirtschaftlichen Referate, die zu einem Großteil nicht meine Parteigenossen, sondern Ihre Parteigenossen sind, Herr Landesrat Dr. Illig. Und immer wieder mußte uns gesagt werden, daß es fast zwecklos ist, wenn wir halbwegs in Betracht kommende Strafen verhängen, weil sie doch wieder auf ein lächerliches Maß herabgesetzt werden. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Genau so wie bei den Bezirkshauptmannschaften!“) (Abg. Hofmann: „Fragen Sie nur Ihre Mandatäre!“) (Landesrat Dr. Illig: „Das ist unrichtig, die 4½ Millionen sind tatsächlich hereingebracht worden.“) Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die verhängten Strafen immer und immer wieder ermäßigt werden.

Die übergroße Mehrzahl des Volkes kann nicht glauben, daß durch die Preisbehörde die zu verhindernden Übergriffe tatsächlich verhindert werden. Dieser Glaube fehlt unserem Volke und das ist bedauerlich. (Landesrat Dr. Illig: „Wo ist der Bürgermeister von Wien? In Wien ist alles 50 % teurer

als wie hier. Schlaft der Herr Körner?“) (Gegenrufe bei SPÖ.) Ich glaube zweitens, daß man etwas anders sagen wird müssen: Daß die Verhandlungen mit der Bauinnung von dieser Körperschaft psychologisch nicht so geschickt geführt wurden, daß sie die begreifliche Erregung der Arbeiterschaft verstanden hätten und verhindert haben. Es herrschte eine mißverständliche Auffassung über den wirklichen Willen, zu einer Einigung zu kommen. Unsere Stellung ist die, Hohes Haus, daß wir erklären: Wir sind für das Recht der Arbeiterschaft auf friedliche Demonstrationen. Das kann man der Arbeiterschaft nicht nehmen, ebenso wie das Recht, andere Gewerkschaftsmittel, wie den Streik, anzuwenden. Auch die Demonstrationen gehören zu den gesetzlich berechtigten Mitteln der Arbeiterschaft, um ihren Existenzkampf zu führen. Wir sind aber ebenso für das Recht der gesamten Bevölkerung auf Sicherheit des Eigentums, auf Sicherheit des Lebens und der Gesundheit, auf Schutz gegen Übergriffe unbesonnener Jugendlicher, aber auch gegen Übergriffe ungehetzter anderer Menschen, die damit tiefere Pläne verfolgen, deren Auswirkung nicht bloß einzelne Geschäfte oder Autobesitzer oder einzelne Private treffen, sondern die Arbeitsstätten und Arbeitsmöglichkeiten weiter Kreise des arbeitenden Volkes vernichten würden und die damit unseren Staat selbst gefährden. Das ist die klare Stellungnahme der Sozialistischen Partei, sicherlich auch die Forderung der weit überwiegenden Zahl der ganzen Bevölkerung der Stadt Graz; das Recht auf Einsetzung aller gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich der Demonstrationen, friedlicher Demonstrationen der Arbeitenden, aber auch das Recht auf Sicherheit. Wir werden beides dann wahren, wenn wir gemeinsam die Verantwortung dafür wirklich ohne alle Ablenkungsmanöver zu tragen bereit sind. Tragen wir sie, kehren wir alles vor gegen Exzesse von beiden Seiten, dann werden wir uns für das Wohl der arbeitenden Menschen und aller Angehörigen unseres Staates wirklich eingesetzt haben. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Für 15 Uhr ist der Finanz-Ausschuß anberaumt. Ich schlage vor, daß die Stunde mit 16 Uhr gewählt wird, weil schon geraume Zeit verstrichen ist. Weiters erinnere ich daran, daß am Mittwoch, den 21. Dezember der Gemeinde- und Verfassungsausschuß einberufen ist. Ich schlage weiters vor, daß der Volksbildungsausschuß, der Landeskulturausschuß, der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß und der Fürsorgeausschuß sich vor der nächsten Landtagssitzung am Freitag, 9 Uhr, konstituieren und die Namen der gewählten Obmänner, der Stellvertreter, der Schriftführer und ihrer Stellvertreter der Landtagspräsidialkanzlei bekanntgeben.

Für diese konstituierenden Sitzungen steht das Sitzungszimmer im II. Stock links, Nummer 91, zur Verfügung.

Die nächste Sitzung findet statt Freitag, den 23. Dezember um 11 Uhr.

Die 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages ist hiemit geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 14 Uhr 5 Minuten.)